



Nr. 442 | 15.11.2023

Russland-Analysen

Hat das Putin-Regime eine Ideologie?

■ VON DER REDAKTION	
20 Jahre Russland-Analysen	2
■ ANALYSE	
Macht und Angst Die politische Entwicklung in Russland 2009–2023 Hans-Henning Schröder (Bremen)	2
■ KOMMENTAR	
Russlands neuer Konservatismus und der Krieg Katharina Bluhm (Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin)	6
■ KOMMENTAR	
Chauvinismus als Grundlage der aggressiven Politik des Putin-Regimes Sabine Fischer (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)	9
■ ANALYSE	
Verschwörungstheorien und Russlands Einmarsch in die Ukraine Scott Radnitz (Jackson School of International Studies, Universität Washington; Seattle, WA)	11
■ KOMMENTAR	
Die konzentrischen Kreise der Repression Jan Matti Dollbaum (LMU München)	16
■ DEKODER	
Ist Russland totalitär? Matthäus Wehowski (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden)	17
■ CHRONIK	
03. – 20. Oktober 2023	20

VON DER REDAKTION

20 Jahre Russland-Analysen

Am 17.10.2003 erschien die erste, recht schlanke Ausgabe der Russland-Analysen zum Thema Staatsmacht und Wahlen. »Zum Auftakt« der ersten Ausgabe wurde von Russland als Partner, innerer Stabilisierung und Hoffnungen auf Demokratisierung gesprochen. Von Partnerschaft kann heute keine Rede sein, die innere Stabilisierung wird maßgeblich durch harte Repressionen gewährleistet, und die Hoffnung auf Demokratisierung ist in weite Ferne gerückt. Die Distanz ist heute immens zum damaligen Ausgangspunkt mit seinem optimistischen Auftakt. Dennoch haben wir unsere Motivation, uns eingehend mit Russland auseinanderzusetzen, nicht verloren. Die Russland-Analysen wollen informieren, Wissen und aktuelle Forschungsergebnisse an die breite Öffentlichkeit transferieren, um Russland nicht mit Verständnis, sondern mit solidem Wissen entgegenzutreten. Den Löwenanteil der Arbeit an unzähligen hervorragenden Ausgaben, dem Aufbau der Analysen und an der Bindung unserer treuen Leserschaft hatten die Gründer der Russland-Analysen Hans-Henning Schröder und Heiko Pleines. Aus einer Analyse-Reihe sind zudem heute fünf deutschsprachige und drei englischsprachige Länder-Analysen mit insgesamt mehr als 1.500 Ausgaben entstanden. Unser tiefer Dank gilt allen, die sich den Russland-Analysen widmen, unseren Gründern, Leser:innen, Autor:innen und unserem Team!

Die Redaktion der Russland-Analysen

ANALYSE

Macht und Angst

Die politische Entwicklung in Russland 2009–2023

Hans-Henning Schröder (Bremen)

DOI: 10.31205/RA.442.01

Zusammenfassung

Die Politik der russischen Machtelite ist angstgeleitet. Die Repression im Innern wie die Aggression nach außen lässt sich damit erklären, dass die Führungselite die Umbrüche der letzten zwanzig Jahre – von den »Farbrevolutionen«, über den »arabischen Frühling«, die Moskauer Massenproteste 2011/12 und den ukrainischen Majdan 2014 – als Angriff auf die eigene Machtstellung wahrnimmt. Die Machtelite weiß, dass die ökonomische und technologische Leistungsfähigkeit Russlands begrenzt ist, dennoch klammert sie sich an den Traum historischer Größe. Aus der Angst vor Instabilität im Innern und der Marginalisierung im internationalen Raum erwächst eine politische Paranoia, die für den verhängnisvollen Kurs russischer Innen- und Außenpolitik verantwortlich ist.

Von der elektoralen Autokratie zur repressiven Diktatur

Das Herrschaftssystem in Russland hat sich zwischen 2009 und 2023 rasant verändert. 2009 hatte es noch einen ambivalenten Charakter. Einerseits war die politische Ordnung eindeutig als elektorale Autokratie einzustufen – der Führungszirkel und die mit ihm verbundenen Eliten legitimierten sich zwar durch Wahlen, kontrollierten aber die politischen Prozesse und stellten sicher, dass oppositionelle Kräfte und Kritiker von der Macht ausgeschlossen blieben. Andererseits ließ die

Führung der Bevölkerung große Freiräume. Fernsehen und Rundfunk waren zwar staatsnah, aber das Internet wurde nicht zensiert und es gab eine Reihe kleinerer Zeitungen, welche die Politik kritisieren konnten, ohne dass die Obrigkeit sie abstrafte. In die Gestaltung des privaten Raums griff der Staat nicht ein. Diese Koexistenz von politischem Monopol der Eliten und Freiheit im Alltagsleben definierte das Verhältnis von *narod* und *wlast*, von »Volk« und »Macht«. Das war der unausgesprochene Sozialvertrag der Putin-Jahre. Dieses für beide Seiten vorteilhafte Modell hatte sich in den Jah-

ren nach der Jahrtausendwende etabliert, als sich mit dem Anziehen der Energiepreise die sozialen und ökonomischen Verhältnisse in der Russländische Föderation normalisiert hatten.

Nach den Protesten im Winter 2011/12 veränderte sich der Charakter der Herrschaft. Die Führung bekämpfte alle Ansätze politischer Kritik und ging repressiv gegen Personen oder Institutionen vor, die sie als Bedrohung ihrer Machtstellung empfand. Die freie Meinungsäußerung wurde in allen Medien – einschließlich des russischen Internets – eingeschränkt. Zugleich wurde nun offiziell ein Kodex »traditioneller Werte« propagiert, der Regeln für akzeptables Verhalten im privaten Raum aufstellte. Eine Geschichtspolitik, die Russland als Großmacht und Imperium präsentierte, sollte der Gesellschaft Selbstbewusstsein geben und einen kollektiven Patriotismus erzeugen.

Die Staatsmacht definierte das Verhältnis von Staat und Bürger neu. An die Stelle einer elektoralen Autokratie, die auf gesellschaftlichen Konsens setzte, trat eine Diktatur, die Widerstand durch Repression brach. Dieser innenpolitische Wandel zerstörte die Ansätze demokratischer Entwicklung in Russland. Und er war verbunden mit einer Wende der russischen Außenpolitik, die sich von einem kooperativen Ansatz zu einer auf Gewalt gestützten Großmachtpolitik wandelte.

Die Zeit der großen Erwartungen – der Reformkurs des Präsidenten Medwedjew 2009

Russlands Entwicklungsweg führte nicht zwangsläufig von der elektoralen Autokratie in die Diktatur. Tatsächlich war in Russland nach der ökonomischen Erholung in den ersten beiden Amtszeiten Putins die Mittelschicht in den großen Städten erstarkt und hatte an Selbstbewusstsein gewonnen. In dieser Phase nahm auch die Nutzung des Internets und der sozialen Medien exponentiell zu. Und das russische Internet unterlag zu diesem Zeitpunkt kaum direkter Zensur, und Kritiker der Regierungspolitik wie Alexej Nawalnyj konnten ihre Ideen und ihre Beschwerden offen verbreiten. Als die Finanzkrise 2008 auch Russland traf und sich negativ auf die materielle Situation auswirkte, schlug sich das auch in der Stimmung der Bevölkerung nieder. In dieser Situation rief Präsident Dmitrij Medwedjew zu einer tiefgreifenden Modernisierung Russlands auf. Medwedjews Reformpläne weckten in der Gesellschaft große Erwartungen. Daher war die Enttäuschung enorm, als Medwedjew am 26. September 2011 ankündigte, er werde nicht für eine zweite Amtszeit kandidieren, sondern Wladimir Putin als Kandidat für die Präsidentenwahlen 2012 vorschlagen.

Dumawahlen, Proteste und Mobilisierung für die Präsidentenwahlen 2012

Die Missstimmung in der Gesellschaft schlug sich in den Dumawahlen am 4. Dezember 2011 nieder. Die regie-

rungsnahe Partei *Einiges Russland* erhielt zwar nach amtlichen Angaben 49,32 Prozent der Stimmen, doch lag das deutlich unter den Erwartungen. Und es sprach einiges dafür, dass selbst das schwache Ergebnis nur mithilfe von Wahlfälschung erreicht wurde. In Moskau kam es daraufhin zu Massendemonstrationen, auf denen ehrliche Wahlen gefordert wurden. Aus den Demonstrationen entwickelten sich in den Hauptstädten eine breite Protestbewegung, die bis zu den Präsidentenwahlen und der Amtseinführung Putins am 6. Mai 2012 aktiv auftrat. Die kollektive Widerstandserfahrung euphorisierte viele Beteiligte in Moskau, und ermutigte sie über weitergehende politische Forderungen nachzudenken.

Der gesellschaftliche Aufbruch überraschte die Führung offensichtlich. Präsident Dmitrij Medwedjew reagierte zunächst zurückhaltend und unterband Protestaktionen nicht. Doch Anfang 2012 setzte das Machtkartell um Putin auf eine harte Lösung: den Protestierenden wurden keine Zugeständnisse gemacht, man ging mit aller Strenge gegen sie vor und setzte auf hohe Strafen. Parallel dazu mobilisierte man eine Gegenöffentlichkeit. Die politischen Vorstellungen der Führung waren Anfang 2012 noch ambivalent: einerseits wurden realistische Strategien formuliert, die konkrete Probleme lösen konnten, andererseits waren schon Ideenansätze erkennbar, die in die repressive und konfrontative russische Politik seit 2014 führen sollten. Mit diesem Programm ging Putin in die Präsidentenwahl am 4. März 2012, die er mit 63,6 Prozent der abgegebenen Stimmen auch gewann.

Die nationalkonservative Wende der Jahre 2012–13

Die neue, dritte Putin-Administration vollzog direkt nach Amtsantritt eine scharfe politische Wende. Die Erwartungen, die Dmitrij Medwedjew geweckt hatte, wurden durch die Handlungen seines Nachfolgers rasch erstickt. Mithilfe von Justiz- und Sicherheitsbehörden wurde die Versammlungsfreiheit beschnitten, freie Meinungsäußerung bestraft. Potenzielle Oppositionsführer wurden mit Strafprozessen überzogen und so politisch neutralisiert. Auf gesellschaftliche Forderungen nach Partizipation und der Kritik an Missständen reagierte die russische Führung mit einer politischen Neuorientierung. Sie förderte nun rechtsnationale und faschistoide Ideologen, die zwar seit langem existierten, bis 2011/12 aber eher randständig geblieben waren. 2013 bot man ihnen in den staatlichen Medien und den Bildungseinrichtungen verstärkt eine Bühne, und schuf so ein geistiges Milieu, in dem rechtsradikale und reaktionäre Rhetorik dominierte. Dies schuf Spielräume für die Führung, selbst nationale Ideen zu propagieren. Alexander Dugin, ein prominenter, rechts-extremer Publizist, beschrieb diesen Mechanismus im

März 2013 in einem Artikel für die »Financial Times« ganz offen:

“For his first 12 years in power, Mr Putin’s conservatism was tempered by the need to appeal to an influential liberal elite. But with the desertion of this class to the ranks of anti-government protesters since 2011, he is finally making his true views known. This should not be seen as winding back the clock, however. Russia is in transition from the pure totalitarianism of the Soviet era; this conservative moment represents a rethinking of what comes at the end of the transition.”

Das Weltbild, welches die russische Führung seit 2012 entwickelte und von dem sie sich in den Folgejahren in ihrer Innen- und Außenpolitik auch leiten ließ, gründete einerseits auf einer Wahrnehmung der russischen Geschichte als Großmachtgeschichte, aus der sich das Recht auf imperiales Handeln ableitete, zum andern auf einem System traditioneller Werte, das man aus dieser Geschichte ableitete, und die man den allgemeinen Menschenrechten gegenüberstellte, die als »westliche« Werte denunziert wurden.

Ausländische Agenten und Nichtregierungsorganisationen

Die Voraussetzungen für die Kontrolle der öffentlichen Meinung waren vorhanden, da der russische Radio- und Fernsehmarkt durch drei staatliche bzw. staatsnahe Mediengruppen beherrscht wurde: der staatliche Konzern *WGTRK*, *Gazprom-Media* und die *Nazionalnaja mediagruppa*. Damit erreichte die staatliche Propaganda den überwiegenden Anteil der Gesellschaft. Der große Spielraum, den die Nutzer des Internets und der sozialen Netzwerke bis 2011 genossen hatten, wurde nun systematisch eingeschränkt. Zum einen griff der Gesetzgeber mit Vorschriften und Regelungen in die Handhabung des Internets ein. Zum anderen begann die Führung das Internet aktiv als Analyseinstrument und als Mittel zur Einwirkung auf die Bevölkerung zu nutzen.

Der Putin-Administration erschienen auch Nichtregierungsorganisationen als problematisch, zumal wenn sie Mittel aus dem Ausland erhielten. Deshalb setzte sie einerseits eine strenge Kontrolle der Finanzierung und Tätigkeit dieser Organisationen durch, andererseits begann sie selbst, NGOs staatlich zu finanzieren. Ein Instrument war das Gesetz über »ausländische Agenten«, das am 20.11.2012 in Kraft trat. Danach wurden NGOs, die Mittel aus dem Ausland erhielten und in Russland politisch tätig waren, verpflichtet, sich als *inostrannye agenty* (»Ausländische Agenten«) registrieren zu lassen. Ein weiteres Instrument waren systematische Revisionen, bei denen umfangreiche Dokumentationen über Arbeit und Finanzlage eingefordert wurden. Eine Reihe von NGOs gaben auf, weil die Behörden es ihnen unmöglich

machten, ihre Arbeit weiterzuführen. Andere wurden verboten, Verantwortliche aufgrund erfundener Vergehen zu langen Haftstrafen verurteilt. Insgesamt gelang es den Behörden nach 2012, die Arbeit kritischer NGOs weitgehend lahmzulegen, sie zu delegitimieren und sie so als politische Akteure auszuschalten.

Das nationale Geschichtsnarrativ als politische Legitimation

Die Putin-Administration betrieb seit 2011/2012 viel aktivere Geschichtspolitik als zuvor. Der Kreml schuf mithilfe neuer Geschichtsbücher, die Umgestaltung historischer Museen, die Errichtung von Denkmälern und Denkmalskomplexen, aber auch über Filme und Fernsehserien eine Version der Geschichte, in der die russische Staatlichkeit von der Christianisierung unter Wladimir I. bis zur Präsidentschaft Wladimir Putins als Kontinuum ohne wesentliche Verwerfungen dargestellt wurde. Die Zivilisationsbrüche des 20. Jahrhundert wurden in den offiziellen Darstellungen heruntergespielt.

Die Vorstellung, dass Russland im Rahmen Europas eine maßgebliche Rolle und die Kontrolle über die Nachbarschaft zustand, ergab sich für die russländische sicherheitspolitische Elite folgerichtig aus der Rückschau auf die Geschichte des Zarenreiches und der Sowjetzeit. Die Moskauer Großfürsten und später die russländischen Zaren waren im Zuge imperialer Expansion immer weiter vorgedrungen und hatten zahlreiche Nachbarstaaten in Europa und Asien unterworfen – ein Prozess, den die patriotische russische Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts als »Sammeln russischer Erde« bezeichnet. Die Sowjetunion hatte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht nur Ostmitteleuropa kontrolliert, sondern weltweit Einfluss ausgeübt. Diese Erfahrung beeinflusst auch das Denken der politischen Führung in der dritten Amtszeit Putins.

Traditionelle Werte zum Schutz gegen westliche Diversion

In dieser Gedankenwelt stellte sich »der Westen« als Feind dar. In der Vorstellung der russischen Führungselite griff dieser Russland aber nicht nur von außen an, er arbeitete auch daran, die russländische und andere Gesellschaften von innen auszuhöhlen. Von solchen Prozessen gingen in den Augen der russischen Führung große Gefahren aus und Putin erinnerte an die Revolution 1917 und die Auflösung der UdSSR 1991, um die Idee einer Revolution an sich scharf zu kritisieren.

Putins Ablehnung von Revolution speiste sich nicht nur aus der russischen Geschichte, er dachte auch an die »Farbrevolutionen« und insbesondere an die »Orangene Revolution« 2004 und den »Euromajdan« 2013/14 in der Ukraine. Auch die Massendemonstrationen in Belarus, die Lukaschenka gewaltsam unterdrückt hatte, und

die Proteste im Zusammenhang mit der Festnahme Nawalnyjs waren Putin gegenwärtig. Sie alle zeigten, dass die eigentliche Gefahr für die Staatsmacht nicht von außen kam, sondern dass sie von der eigenen Bevölkerung ausging.

Aus diesem Grund stellten die oft so bezeichneten »westlichen« (tatsächlich: universellen) Werte eine Bedrohung für die Eliten dar. Rechtsstaatlichkeit, Einhaltung der Menschenrechte und eine demokratische Verfassung, basierend auf freien, gleichen, geheimen und direkten Wahlen, gefährdeten in der Tat die bestehenden politischen Machtverhältnisse in Russland. Dem stellte der Präsident »traditionelle« Werte gegenüber. Patriotismus, Glauben an Gott, die Ideale der Vorfahren, die historische Kontinuität des russländischen Staates und die offizielle Version der Geschichte des »Großen Vaterländischen Krieges« erlangten Verfassungsrang.

Vor dem Waldaj-Club, der regelmäßig an Russland interessierte Politiker, Journalisten und Politikwissenschaftler zusammenbrachte, machte der Präsident im Oktober 2021 aber noch einmal deutlich, dass er den Import fremder Werte ablehnte, ja direkt für gefährlich hielt:

»In der heutigen fragilen Welt wächst die Bedeutung eines soliden, moralischen, ethischen und wertebasierten Fundaments erheblich. In der Tat sind Werte ein Produkt der kulturellen und historischen Entwicklung einer jeden Nation und als solches einzigartig. Die gegenseitige Verflechtung der Völker ist zweifellos bereichernd, Offenheit erweitert den Blick und ermöglicht ein anderes Verständnis der eigenen Tradition. Dieser Prozess sollte jedoch organisch sein und geht nicht schnell vonstatten. Das Fremde wird ohnehin abgestoßen, vielleicht sogar in scharfer Form. Versuche, angesichts unsicherer und unvorhersehbarer Perspektiven Werte zu diktieren, verkomplizieren die ohnehin schon angespannte Situation zusätzlich und führen in der Regel zu einer Gegenreaktion und dem Gegenteil des erwarteten Ergebnisses.«

Imperiale Außenpolitik und repressive Innenpolitik

Im Juli 2021 wurde eine »Strategie für nationale Sicherheit 2021« verabschiedet, die zwei Hauptaufgaben in den Vordergrund stellte: Sie sollte die Stabilität im Inneren und damit den Fortbestand des gegenwärtigen Herrschaftsmodells sichern und gleichzeitig dem eigenen Land in einer Phase, in der die Staatenwelt im Umbruch ist, wieder eine internationale Führungsrolle verschaffen. Diese Vorhaben speisen sich aus der Angst, dass die politische und soziale Ordnung aus der eigenen Gesellschaft heraus in Frage gestellt werden und die Putinsche Führung die Akzeptanz verlieren könnte. Zum andern fürchtet man, dass Staaten wie China oder die

USA Russland nicht als Partner auf Augenhöhe akzeptieren, und somit der eigene Großmachtstatus zur Disposition steht. Dem will die »Strategie« entgegenwirken.

In der Tat wird die russische Außen- und Sicherheitspolitik vor dem Hintergrund eines Geschichtsbildes und einer Weltsicht formuliert, die für nüchterne Beobachter vergleichsweise schwierig nachzuvollziehen ist. Die russischen Außenpolitiker ergehen sich in ihren öffentlichen Äußerungen in weltanschaulichen Visionen, die Geschichte auf sehr eigenwillige Weise in den Dienst nehmen. Vor diesem Hintergrund ist es aus der Sicht des Regimes plausibel, dass Russland die Ukraine in den imperialen Machtbereich eingliedert. Und nachdem dies mit friedlichen Mitteln – Unterstützung bei der Wahl eines russlandfreundlichen ukrainischen Präsidenten und ökonomischen Anreizen für eine engere Anbindung – nicht gelingt, erscheint Gewalt als legitimes Instrument, um russische Interessen durchzusetzen: sei es bei der Besetzung der Krim durch russische Kommandotruppen – die »grünen Männchen« –, sei es bei der verdeckten Invasion in der Ostukraine in den Jahren 2014, beim militärischen Eingreifen in Syrien 2015 und bei dem Überfall auf die Ukraine im Jahr 2022. Ab 2013 war Russland kein Partner europäischer Politik mehr und scheute sich nicht davor, die Abkommen, die Sicherheit in Europa garantierten – von den Helsinki-Vereinbarungen 1975 über den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, den Vertrag über den offenen Himmel (*Open Skies*) bis hin zu den Budapester Protokollen 1994 – aufzukündigen oder zu ignorieren.

Der Imperiumsgedanke, Russlands Großmachtrolle in der Vergangenheit, die langjährige Herrschaft über die Völker und Staaten, die zum Russländischen Reich und zur Sowjetunion gehörten, sowie der ewig feindliche Westen – all das sind Elemente, die die Sicht der heutigen außenpolitischen Elite auf die Welt prägt, und mit denen diese ihr Handeln legitimiert. Das ist der Kontext, in dem die Putin-Administration zu der verhängnisvollen Entscheidung kam, die Ukraine zu überfallen. Die Gesellschaft war in den Jahren seit 2012 gleichgeschaltet und kritische Stimmen zum Verstummen gebracht worden. Das schuf für den Führungszirkel den Spielraum, eine imperiale Außenpolitik zu betreiben.

Der Wille, die Macht zu erhalten, ist ein zentrales Moment im politischen Denken der Putin-Administration. Und die panische Angst vor Machtverlust erklärt ihr Verhalten seit dem Winter 2011–12 wohl am besten. Die paranoiden Züge der Politik im Innern, welche die intelligente Kommunikation mit der Gesellschaft durch Repression ablöst, und in der auswärtigen Politik, die statt gescheiter Durchsetzung eigener Interessen durch Staatskunst und Diplomatie vorrangig auf den Einsatz von Gewalt setzt, sind letztlich eine Reaktion auf das Auftreten einer Gesellschaft, die politische Partizipation einforderte.

Die Angst vor dem Umsturz hat die russische Machteleite in eine Paranoia getrieben, die dazu führte, dass sie sich für die zahlreichen inneren und äußeren Probleme nur noch gewaltsame Lösungen vorstellen konnten.

Die innere Stabilität wollte sie durch die aggressive Verfolgung potentieller Regimefeinde wahren, und zur Wahrung der Position im internationalen Raum setzte sie auf Gewalt und Gewaltandrohung.

Über den Autor

Hans-Henning Schröder habilitierte sich 1994 an der Ruhr-Universität Bochum im Fach Osteuropäische Geschichte und lehrte u. a. am Osteuropa-Institut der FU Berlin als apl. Professor »Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa«. Er hat am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln, an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und am Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit (SWP) in Berlin gearbeitet. 2003 hat er gemeinsam mit Prof. Dr. Heiko Pleines die Russland-Analysen gegründet, deren Herausgeber und Chefredakteur er bis April 2017 war. 2015 – 2016 war er Beauftragter des Auswärtigen Amtes für die Gründung des ZOIS.

Lesetipps

- Domańska, Maria; Rogoża, Jadwiga: Forward, into the past! Russia's politics of memory in the service of 'eternal' authoritarianism. OSW Report, Warsaw, 29. November 2021, 110 S. <https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/OSW-ReportForward-into-the-pastnet0.pdf>.
- Gabowitsch, Mischa: Putin kaputt!? Russlands neue Protestkultur, Berlin: Suhrkamp Verlag 2013 (= edition suhrkamp 2661).
- Heller, Regina: Wenn Status zur fixen Idee wird. Russland – zur Großmacht verdammt?, in: Osteuropa, Jg. 63, 2013, Nr. 8, S. 45–58.
- Laine, Veera: Managed nationalism: Contemporary Russian nationalistic movements and their relationship to the government. The Finnish Institute of International Affairs. FIIA Working Paper 88, Helsinki: FIIA August 2015 <http://www.fia.fi/assets/publications/wp88.pdf>, 4. September 2015.
- McFaul, Michael: Russia's Road to Autocracy, in: Journal of Democracy, Jg. 32, 2021, Nr. 4, Oktober 2021, S. 11–26.
- McFaul, Michael: Putin, Putinism, and the Domestic Determinants of Russian Foreign Policy, in: International Security, Jg. 45, 2020, Nr. 2, S. 95–139.
- Roberts, Geoffrey: 'Now or Never': The Immediate Origins of Putin's Preventative War on Ukraine, in: Journal of Military and Strategic Studies, Jg. 22, 2023, No. 2 (Special Issue on the War in Ukraine), S. 3–27.

KOMMENTAR

Russlands neuer Konservatismus und der Krieg

Katharina Bluhm (Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin)

Russlands neue konservative Staatsideologie war nicht als Mobilisierungsideologie gedacht, die die Massen politisch aktivieren soll. In den offenen Angriffskrieg gegen die Ukraine seit Februar 2022 ziehen daher selten Rekruten aus Enthusiasmus für die »Russische Welt«, sondern aufgrund von Zwang und materiellen Anreizen. Ein gewöhnlicher Soldatensold beträgt inzwischen 196.000 Rubel (Ende Dezember 2023: rund 2000 Euro) und damit fast das Dreifache eines Durchschnittsverdienstes (<https://www.dekoder.org/de/article/krieg-ukraine-soldaten-besoldung-entschaedigung>). Hinzu kommt eine umfangreiche Absicherung der Soldaten

und deren Familien sowie ein soziales Aufstiegsversprechen. Vertragssoldaten und Wehrpflichtige werden damit gleichermaßen zu Söldnern, die man inzwischen auch im Ausland zu gewinnen sucht.

Russlands Krieg in der Ukraine kommt allerdings nicht ohne Ideologie aus. Mehr noch, er führt zu einer weiteren Stufe der Ideologisierung des Regimes. Am symbolträchtigen 9. November 2022, an dem nach dem Gregorianischen Kalender die Oktoberrevolution begann, unterzeichnete der Präsident der Russländischen Föderation Wladimir Putin das Dekret Nr. 809 über die »Festlegung der Grundlagen der staatlichen Politik zur

Bewahrung und Stärkung der traditionellen russischen geistigen und moralischen Werte« (<http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202211090019>). Dieses Dekret hat eine interessante Vorgeschichte. Schon Anfang 2021 veröffentlichte das Kulturministerium einen Entwurf auf einer Onlineplattform, den registrierte Bürger:innen dort kommentieren durften (derzeit noch abrufbar auf der Webseite der *Veteranen Russlands* <https://veteransrussian.ru/novosti/novosti-ood/proekt-ukaza-prezidenta-rf-osnovy-gosudarstvennoy-politiki-po-sokhranenyu-i-ukrepleniyu-traditsionn/>). Offenbar hielt der Kreml es für erforderlich, den Geist der 2020 de facto neuen Verfassung nicht nur in neue Gesetze und Strategiepapiere zu gießen, sondern auch noch einmal durch ein Werte-Dekret von dem Präsidenten als höchste »öffentliche Macht« im Staat bekräftigen zu lassen. Anfang 2021 konnte das Vorhaben noch angehalten werden. Ein Jahr später reichte die Kraft der verbliebenen »System-Liberalen« offenbar nicht mehr aus, um das Werte-Dekret noch zu verhindern. Ihm folgten eine Verschärfung des Gesetzes gegen die »Propaganda von Homosexualität«, das Verbot von Geschlechtsumwandlungen und eine Wiederauflage der sowjetischen Auszeichnung von »Mütter-Heldinnen« ab der Geburt von zehn Kindern, die Stalin 1944 eingeführt hatte. In der Staatsduma, im Gesundheitsministerium und in einigen russischen Regionen werden wieder Forderungen laut, das nach wie vor liberale Abtreibungsgesetz weiter einzuschränken, wobei eine erste Region im August 2023 ein Gesetz zum Verbot von »Propaganda für Abtreibung« beschlossen hat (<https://www.rbc.ru/politics/03/08/2023/64cb63b99a794754a38336ff>).

Gleichzeitig erreicht die Indoktrination eine neue Qualität. So wurde das bereits bestehende Schulfach »Grundlagen der Lebenssicherheit« in »Grundlagen der inneren Sicherheit und der (Landes-)Verteidigung« umgewandelt sowie ein neues einheitliches Geschichtsbuch für die Oberstufe für die Periode ab 1945 eingeführt. Ab September 2023 lehren Hochschulen ein neues fächerübergreifendes Modul über die »Grundlagen der russländischen Staatlichkeit und Zivilisation«. 2023 stellte die russische Regierung für die »Erziehung zum Patriotismus« 39,7 Milliarden Rubel (ca. 385 Millionen Euro) im Rahmen eines »Nationalen Projektes« bereit. Ein Jahr zuvor waren es lediglich 6,47 Milliarden Rubel.

Die Formulierung und Institutionalisierung einer konservativen Staatsideologie setzte nach der Rückkehr Putins in das Präsidentenamt 2012 ein. Jedoch begann die illiberal-konservative Ideologearbeit bereits in den 1990er-Jahren. Sie wurde auch nicht von einigen wenigen »Vordenkern« mit einem besonderen Zugang zum Präsidenten geleistet. Es handelte sich vielmehr um eine breite politische Gegenbewegung zur neoliberalen

Schocktherapie unter Jelzin und der mit ihr verbundenen forcierten Westintegration Russlands, wie ich in meiner Monografie »Russland und der Westen. Ideologie, Politik und Ökonomie seit dem Ende der Sowjetunion« ausführlich zeige (<https://www.matthes-seitz-berlin.de/buch/russland-und-der-westen.html?lid=2>). Dieser Konservatismus, der sich *gegen* den Liberalismus *und* Kommunismus (s. Karl Mannheim 1927/1964) wendet, sollte das alternative hegemoniale Projekt werden. Alexander Dugin, der von der westlichen Presse mitunter sogar als »Hirn« Putins bezeichnet wurde, ist ein prominenter Kopf dieser Gegenbewegung, aber weder ihr Anführer noch ihr »Chef-Ideologe«. An ihr waren Neoeurasier, orthodoxe Konservative, neoimperiale und ethnische Nationalisten und Nationalkonservative beteiligt, die sich in der »nationalen Frage« alles andere als einig sind. Zu dieser illiberal-konservativen Gegenbewegung gehören zudem die Russisch-Orthodoxe Kirche und ihr ultrakonservatives Netzwerk aus Politiker:innen, Stiftungen und gesellschaftlichen Aktivist:innen, die sich für die »traditionellen Werte« und die »Russische Welt« stark machen. Dieses Netzwerk hat zum Beispiel in enger Kooperation mit dem US-amerikanischen World Congress of Families (WCF) die homophobe Gesetzgebung in Russland vorangetrieben (s. Stoeckl/ Uzlaner 2022).

Den Protagonisten des neuen russischen Konservatismus geht es nicht nur um die Restauration vergangener Größe, sondern ganz wesentlich um den *zukünftigen* Platz Russlands in einer sich verändernden multipolaren Welt mit den aufsteigenden Mächten China und Indien. Ihrer Überzeugung nach könne Russland nur als Großmacht mit legitimen Einflusszonen existieren, und das mache ihnen der Westen streitig. Deshalb sehen sich die konservativen Ideologen schon lange vor der Invasion in die Ukraine 2014 und 2022 in einem »hybriden Krieg« mit dem Westen. Um eine Großmacht zu bleiben, brauche Russland in der Welt einen eigenen Pol, das heißt eine eigene Makroregion unter seiner Führung, für die aus russischer Sicht die Ukraine und Belarus unverzichtbar sind. Der neoimperiale Nationalist Jegor Cholmogorow bezeichnet diese Ausrichtung des neuen russischen Konservatismus in einem Manifest von 2006 als die »Restauration der Zukunft« (<http://www.intelros.org/lib/statyi/holmogorov2.htm>). Dabei fungieren eine militante Orthodoxie und die russisch-imperiale Kultur als die zentralen Traditionsanker.

Aber die ideengebenden Ideologen des neuen russischen Konservatismus haben auch eine politökonomische Agenda. Diese entwicklungsetatistische Agenda setzt auf eine Wirtschafts-, Geld- und Sozialpolitik, die die Entwicklung strategisch wichtiger Sektoren aktiv fördert, Wertschöpfung der heimischen Wirtschaft erhöht, heimische Nachfrage in der Breite stärkt und so die Abhängigkeit vom Rohstoffexport reduziert,

die sich unter Putin massiv verschärft hat. Dieses auf den – um die Eurasische Wirtschaftsunion erweiterten – Binnenmarkt gerichtete Wachstumsmodell soll gezielte Autarkie mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit verbinden. Dafür bedürfe es massiver staatlicher Investitionen, einen »klugen« Protektionismus, Lohnwachstum sowie eine stärkere staatliche Kontrolle über die Kapitalströme, wie sie im Bretton-Woods-System auch im Westen bis Anfang der 1970er-Jahre bestand. Nur so ließe sich Russlands Größe wiederherstellen. Ohne eine fundamentale moralische Erneuerung der Eliten sei das nicht zu schaffen.

Gerade mit ihren politökonomischen Forderungen konnte sich die illiberal-konservative Gegenbewegung jedoch im staatlichen Machtzentrum lange nicht durchsetzen. Gleichzeitig hat sie zur Genese der neuen Staatsideologie beigetragen und das »Arsenal« der Kriegspropaganda bestückt. Die Institutionalisierung des neuen Staatskonservatismus vollzog sich in zwei großen Schüben: von der Rückkehr Putins ins Präsidentenamt 2012 bis 2016 sowie ab 2020 mit der »neuen« Verfassung und der überarbeiteten Sicherheitsstrategie von 2021 (<http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202107030001>). Letztere widmet sich ausführlich den »traditionellen Werten« und formuliert erstmals explizit, dass Russland vor einer »Westernisierung« zu schützen sei.

Der Weg des Putin-Regimes von einem vermeintlich anti-ideologischen Pragmatismus hin zu einer um die traditionellen Werte einer russländischen Großnation kreisenden Staatsideologie korrespondiert mit der Abwendung der herrschenden russischen Eliten vom transatlantischen Westen, bei der der Kampf um die Ukraine seit der Orangen Revolution von 2004 eine zentrale Rolle spielt. Allerdings kann die Ablehnung des Westens nicht bei einer einfachen Negation stehen bleiben, sondern verlangt eine positive inhaltliche Füllung, die mit dem Rückgriff auf das Zivilisationskonzept erfolgt. Die Berufung auf die eigenen »traditionellen Werte« haben aber einen willkommenen Nebeneffekt. Sie sind zwar historisch konkret und einzigartig auf eine spezifische Kultur bezogen; gleichzeitig aber eignen sie sich als universale Antwort auf den liberalen

Universalismus. Die russischen »traditionellen Werte« bilden daher nicht zufällig eine Art Spiegel- und Zerrbild des zeitgenössischen westlichen kulturellen Liberalismus, das gegen die Ideologie des »Globalismus«, des »Multikulturalismus« und der expansiven Auslegung der Menschenrechte in Stellung gebracht wird. In dieser Abgrenzung unterscheidet sich der neue russische Konservatismus nicht grundsätzlich von den Argumentationsweisen der Rechtspopulisten und der christlichen Rechten in Europa und den USA (s. Laruelle 2022).

Die illiberal-konservative Gegenbewegung feierte die erste Invasion in die Ukraine 2014 als »russischen Frühling« und forderte, dass die Armee den ganzen Donbas einnimmt. Als das russische Militär sich dafür noch nicht bereit fühlte, verloren wichtige Protagonisten ihren Zugang zu den staatlichen Medien. Der Krieg 2022 brachte sie dorthin zurück. Ihre politökonomische Agenda wird nun – zumindest in wichtigen Teilen – zum neuen Mainstream. Dennoch ist es wichtig zu sehen, dass die innerrussischen Elitekonflikte über den richtigen russischen Weg der sozioökonomischen Entwicklung des Landes damit keineswegs beendet sind, wie ich in meiner Monografie verdeutliche. Während die Zentralbankchefin Elwira Nabiulina auf dem Petersburger Wirtschaftsforum 2023 vor der »Rückkehr zur Planwirtschaft« warnt (<https://www.rbc.ru/economics/15/06/2023/648ab8ad9a7947f53f2fdb2c>), beklagen ihre unversöhnlichen Gegner aus dem illiberal-konservativen Lager, dass die russische »Offshore-Aristokratie« nach wie vor dafür sorgt, dass zuallererst neue Rohstoffkanäle geöffnet werden, statt Getreide in Mehl zu verwandeln oder Erdöl zu veredeln und dann erst zu exportieren (<https://delyagin.ru/articles/183-sobytiya/109275-ofshornaja-aristokratija-sdelaet-rossiju-pridatkom-kitaja>). Russlands konservative Ideologen fürchten sich vor einem Russland an der »Peripherie« Chinas fast genauso wie vor der »Kolonialisierung« durch den Westen bzw. die USA, der man gerade entronnen sei. Denn auch dies würde Russland einer »souveränen« Entwicklung berauben (<https://www.litres.ru/book/sergey-urevich-glaze/ryvok-v-budushee-rossiya-v-novyh-tehnologicheskoy-i-50184650/chitat-onlayn/>).

Über die Autorin

Prof. Dr. Katharina Blum ist Professorin für Soziologie mit Schwerpunkt Osteuropa an der Freien Universität Berlin und Mitglied des Berliner Excellence Clusters »Contestations of the Liberal Script«.

Zum Weiterlesen

- Blum, Katharina, *Russland und der Westen. Ideologie, Ökonomie und Politik seit dem Ende der Sowjetunion*, Berlin 2023.
- Mannheim, Karl, »Das konservative Denken«, in: ders., *Wissenssoziologie*, Berlin, Neuwied, 1964 (1927), S. 423–446.
- Marlène Laruelle, »Illiberalism: A Conceptual Introduction«, in: *East European Politics*, Nr. 2, 2022, S. 303–327.
- Kristina Stoeckl, Dmitry Uzlaner, *Moralist International. Russia in the Global Culture Wars*. New York 2023.

KOMMENTAR

Chauvinismus als Grundlage der aggressiven Politik des Putin-Regimes

Sabine Fischer (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)

Seit mehr als anderthalb Jahren führt Russland seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. In meinem Buch »Die chauvinistische Bedrohung. Russlands Kriege und Europas Antworten« (<https://www.ullstein.de/werke/die-chauvinistische-bedrohung/hardcover/9783430210959>) erkläre ich diesen Gewaltexzess mit dem Chauvinismus des Putin-Regimes.

Chauvinismus bezeichnet ein übersteigertes Überlegenheitsgefühl einer Gruppe, das mit Verachtung, Feindseligkeit und aggressivem Dominanzverhalten gegenüber Personen außerhalb dieser Gruppe verbunden ist. Ich verstehe Chauvinismus als eine Kombination aus drei Elementen: aggressiver Nationalismus bzw. Imperialismus, Sexismus und Autokratie. Der nationalistische bzw. imperialistische Chauvinismus behauptet die Überlegenheit Russlands über andere Gesellschaften, vor allem in der russischen Nachbarschaft. Als Großmacht beansprucht Russland in dieser »Einflussosphäre« das Recht auf Vorherrschaft und Dominanz. Russland setzt die Regeln, greift in die Innen- und Außenpolitik der Nachbarstaaten ein, es definiert die Grenzen ihrer Souveränität. Im Verhältnis zur Ukraine wird dieser Chauvinismus auf die Spitze getrieben, denn das Putin-Regime spricht der ukrainischen Gesellschaft und dem ukrainischen Staat das Existenzrecht ab. Sexistischer Chauvinismus rückt in einer fast ausschließlich von Männern dominierten politischen Sphäre die aggressive Hypermaskulinität der Führerfigur Putin in den Vordergrund. In der mehrheitlich konservativen russischen Gesellschaft ist dieser Männlichkeitskult für das Regime zu einer zentralen Legitimitätsquelle geworden. Gleichzeitig werden im Namen sogenannter traditioneller Werte patriarchale politische und gesellschaftliche Strukturen zementiert und ausgebaut. Frauenrechte und die Rechte sexueller und anderer Minderheiten hingegen werden systematisch eingeschränkt. Nationalistischer und sexistischer Chauvinismus zeichnen sich durch Gewalt und hierarchische Dominanzbeziehungen aus. Beide begünstigen politischen Autoritarismus. Das gilt für imaginierte Hierarchien zwischen Nationen und Ethnien. Es gilt auch für die Beziehungen zwischen den Geschlechtern, in denen die Macht ungleich verteilt ist und die oft von Gewalt bestimmt sind. Der Chauvinismus-Begriff macht die Verbindung zwischen Nationalismus/Imperialismus, Sexismus und Autokratie sichtbar. Er integriert die feministische Perspektive in die Analyse der illiberalen Entwicklung Russlands. Er macht außerdem deutlich, wie alle drei Elemente zur Entstehung und immer tieferen Verankerung struktu-

reller Gewalt in Russlands Gesellschaft, Politik und Außenpolitik beigetragen haben.

Diese Chauvinismus-Trias war im postsowjetischen Russland immer vorhanden. Sie wurde aber erst nach dem Beginn der Herrschaft Putins zur Grundlage des Regimes und seiner Innen- und Außenpolitik. Nach der gescheiterten demokratischen Transformation der 1990er Jahre drangen Nationalismus und Imperialismus tief in die gesellschaftlichen und politischen Diskurse ein. Das Putin-Regime förderte diese Entwicklung, indem es extremistische und faschistische Ideologen wie Alexander Prochanow oder Alexander Dugin im medialen Raum sichtbar und salonfähig machte. Das führte auch zu einer wachsenden Radikalisierung der Propaganda und des Regimes als Ganzes und Wladimir Putins selbst. Die Folge war eine immer aggressivere Außenpolitik.

Bei der Festigung der Putinschen Herrschaft seit den 2000er Jahren spielte außerdem die »Remaskulinisierung« Russlands eine entscheidende Rolle. Im Zentrum dieses Prozesses stand der *russkij mushik*, ein »echter Kerl«, der Schluss machte mit der Schwäche des russischen Mannes in der späten Sowjetunion und den turbulenten Transformationsjahren. Dieser entmaskulinisierte, infantilisierte Typ Mann der 1990er Jahre hatte dem Zusammenbruch nichts entgegensetzen können, er verfiel dem Alkohol und wurde abhängig. Unschwer lässt sich in dieser Beschreibung auch der erste russische Präsident Boris Jelzin erkennen. Das starke, männliche, patriotische Gegenbild wurde der *russkij mushik*, und seine Kristallisationsfigur wurde Wladimir Putin. Damit der *mushik* seine Rolle angemessen ausfüllen konnte, mussten Geschlechterrollen retraditionalisiert werden. Der Staat schwenkte bereits in den 2000er Jahren auf sogenannte traditionelle Werte und eine Familienpolitik ein, die Bevölkerungswachstum mit Kinderreichtum und einer traditionellen Rollenverteilung in der Familie erzielen wollte. Dieser Trend verstärkte sich nach der Rückkehr Putins in den Kreml im Jahr 2012. Das Ergebnis waren diskriminierende Gesetze und Repressionen gegen feministischen und LGBTQI*-Aktivismus. Ein Höhepunkt des Antifeminismus, der auch den engen Zusammenhang mit Gewalt deutlich macht, war die Entkriminalisierung von Erstfällen häuslicher Gewalt im Jahr 2017. In der Außenpolitik manifestierte sich der sexistische Chauvinismus zunehmend im illiberalen Kampf gegen das »dekadente Gayropa«, in der Unterstützung ultrakonservativer, antifeministischer politischer Kräfte in der EU, in der abwertenden

»Feminisierung« von Gegnern. »Ob du es willst oder nicht, Du wirst es hinnehmen müssen, meine Schöne.« Mit dieser Vergewaltigungsmetapher glaubte Wladimir Putin wenige Tage vor Beginn der Vollinvasion in der Ukraine im Februar 2022 dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron klarmachen zu können, dass die Ukraine sich Russland zu fügen habe.

Parallel zu Nationalismus/Imperialismus und Sexismus erstarkten autokratische Tendenzen im politischen System. Der Kreml manipulierte Wahlen und schränkte oppositionelle und zivilgesellschaftliche Aktivitäten ein. Das Putin-Regime setzte ab den 2010er Jahren verstärkt auf Repressionen, um gesellschaftlichen Dissens zu unterdrücken. Der russische Staat verfügt außerdem über riesige Gewaltreservoir. Russland war in seiner postsowjetischen Geschichte fast ununterbrochen in Kriege und Gewaltkonflikte involviert, von den postsowjetischen Zerfallskriegen in den Nachbarstaaten über die beiden Tschetschenienkriege und den russisch-georgischen Krieg 2008 bis zum Beginn des Krieges gegen die Ukraine 2014 und die Intervention in den Syrienkrieg 2015. Viele Soldaten und Kämpfer, die in der Ukraine eingesetzt werden, sind durch diese Kriege gegangen. Das russische Strafvollzugssystem, das selbst auf entmenslichender Gewalt und Unterwerfung beruht, stellt ein weiteres Reservoir dar, aus dem das Regime für seinen Krieg gegen die Ukraine schöpfen kann. Die Gewaltwelten Kriege und Lagersystem sind selbstredend von Männern bevölkert. Sie versorgen

die russischen Streitkräfte ebenso wie die wachsende Zahl von Privatarmeen und privaten Sicherheitsdiensten.

Nach Putins Rückkehr in den Kreml 2012 gingen Nationalismus/Imperialismus, Sexismus und Autokratie eine untrennbare Verbindung ein. Das Regime leitete nach den Massendemonstrationen 2011 und 2012 eine ideologische Wende nach rechts ein. Alles, was mit Liberalismus, Pluralismus, Diversität und Demokratie zu tun hatte, wurde von nun an entschieden bekämpft, und zwar in der Innen- ebenso wie in der Außenpolitik. Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen der Errichtung der Putinschen Diktatur und den unterschiedlichen Methoden der militärischen und hybriden Kriegführung, die nicht nur die Ukraine und andere Nachbarstaaten, sondern auch die liberalen Demokratien des Westens betrifft. Die Vollinvasion in der Ukraine und der totale Bruch mit der EU und den USA markiert den (vorläufigen) Höhepunkt dieser parallelen Entwicklungen. Gleichzeitig findet der russische Chauvinismus Anknüpfungspunkte bei rechtspopulistischen und rechtsextremen politischen Kräften in liberalen Demokratien, die ebenfalls eine chauvinistische Programmatik vertreten. Die chauvinistische Politik Russlands ist die größte Gefahr für die europäische Sicherheit seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die EU und die NATO müssen gemeinsam mit der Ukraine und anderen Partnern Antworten auf diese Herausforderungen finden, sonst wird dies weitreichende negative Folgen für die Zukunft des europäischen Kontinents haben.

Über die Autorin

Dr. *Sabine Fischer* ist Senior Fellow bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind russische Innen- und Außenpolitik, der russische Krieg gegen die Ukraine, ungelöste Konflikte in der östlichen Nachbarschaft der EU und EU-Politik in Osteuropa. Sie ist außerdem geschäftsführende Vorständin der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde. Von 2019 bis 2021 leitete sie am Moskauer Goethe-Institut das Projekt »Public Diplomacy. EU and Russia«. Von 2007 bis 2012 arbeitete sie am European Union Institute for Security Studies in Paris.

Verschwörungstheorien und Russlands Einmarsch in die Ukraine

Scott Radnitz (Jackson School of International Studies, Universität Washington; Seattle, WA)

DOI: 10.31205/RA.442.02

Zusammenfassung

Die russische Regierung fördert seit Jahren die Verbreitung von Verschwörungstheorien. Seit Beginn des russischen großangelegten Einmarsches in die Ukraine betreibt sie dies mit besonderer Intensität. Dieser Beitrag stellt die Rolle der Verschwörungspropaganda in diesem Krieg dar: Der Kreml zielt darauf ab, zu überzeugen, Signale zu senden oder Verwirrung zu stiften. Darüber zeigt die Analyse auf, wie der Kreml versucht, unterschiedliche Bevölkerungsgruppen innerhalb Russlands, im Ausland und in der Ukraine anzusprechen. Verschwörungstheorien mögen zwar für den Ausgang des Krieges weniger entscheidend sein, dafür bieten sie Einblicke in die Weltsicht des Kremls und liefern Hinweise, auf welche Weise dieser versucht, die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Der Kreml hat bereits geraume Zeit vor Russlands großangelegtem Einmarsch in die Ukraine Verschwörungstheorien befördert. Seit Mitte der 2000er Jahre, als Präsident Putin in der Außenpolitik eine Abkehr vom Westen begann, hat die offizielle Rhetorik die Verbreitung einer Reihe hartnäckiger, breit angelegter Verschwörungsnarrative gefördert. Im Kontext des Einmarsches in die Ukraine bekräftigte der Kreml einige dieser Vorstellungen, etwa dass der Westen oder die NATO beabsichtige, Russland zu zerstückeln oder zu zerstören. Oder dass Europa bestrebt sei, Russland durch die Übernahme liberaler Werte wie die Wahrung von LGBTQ+-Rechten und der Förderung der »Gender-Ideologie« zu schwächen. Darüber hinaus gebe es eine vom Westen unterstützte »fünfte Kolonne« im Land, die Russland von innen heraus untergraben will. Diese Säulen der Kreml-Rhetorik sind – genauso wie andere Verschwörungstheorien bestimmter Herkunft – sowohl bei der Rechtfertigung der Invasion im Februar 2022 deutlich geworden wie auch bei Versuchen, bestimmte kurzfristige politische Ziele zu erreichen angesichts des Umstandes, dass sich der Krieg in die Länge zieht. Verschwörungstheorien mögen zwar für den unmittelbaren Kriegsverlauf, was die militärische Strategie oder kriegserischen Fähigkeiten anbelangt, weniger wichtig sein. Sie spielen aber eine Rolle, wenn es um die Aufrechterhaltung der inner-russischen Unterstützung für das Regime und die Beeinflussung der internationalen öffentlichen Meinung geht.

Eine Verschwörungstheorie – oder der Glaube, dass mächtige Akteure mit üblen Absichten geheime Intrigen spinnen, um politische oder finanzielle Vorteile zu erzielen, wobei hinreichend glaubwürdige Belege fehlen – kann aktiv von Machthabern zu Propagandazwecken eingesetzt werden, unter politischen Akteuren und in der Bevölkerung kursieren oder auf beiden Ebenen wirksam sein. In der Sowjetunion waren Verschwörungstheorien besonders stark verbreitet, vor allem im

Kontext der Konfrontation der Supermächte während des Kalten Krieges. Darüber hinaus überdauerten diese auch im postsowjetischen Russland vor der Zeit Putins. In den 1990er Jahren waren sie aber meist in der politischen Opposition verbreitet, sowie bei kommunistischen und nationalistischen Journalist:innen und diversen Intellektuellen und Kritiker:innen der Regierung unter Jelzin (s. Oushakine 2016). Die Bombardierung Serbiens gegen russischen Widerstand lieferte den vehementen Kritiker:innen des Westens weitere Vorwände und sollte später in den Narrativen über die Verlogenheit des Westens und dessen Missachtung russischer Interessen eine Rolle spielen.

Die Evolution von Verschwörungstheorien im Dienst russischer Politiker:innen und russischer Politik

Was die Verschwörungsrhetorik anbelangt, haben Vertreter:innen der Regierung unter Putin anfangs keinen scharfen Bruch zu ihren Vorgänger:innen erkennen lassen, da Putin sich als fähiger Reformator darstellte und die Zusammenarbeit mit dem Westen suchte. In den nachfolgenden Jahren erlebte Russland jedoch Terroranschläge in Moskau und dem Nordkaukasus und sah sich mit den »Farbrevolutionen« konfrontiert, die zu pro-westlichen Regierungen in Georgien und der Ukraine führten, woraufhin sich die Rhetorik des Kremls wandelte. Bis 2005 hatten sich Regierungsvertreter:innen und mitunter auch Putin selbst die Rhetorik nationalistischer Kritiker:innen des Westens zu eigen gemacht und vertraten die Ansicht, dass die Herausforderungen, vor denen Russland stand, die Folge einer bewussten Verschwörung gegen Russland seien. Letztere werde von den USA, der EU, der NATO und westlichen Geheimdiensten betrieben – häufig unter Einbeziehung russischer Liberaler oder tschetschenischer militanter Kräfte (s. Radnitz 2021). Diese Vorwürfe gingen über kon-

ventionelle Analysen hinaus und behaupteten, dass die NATO Russlands Sicherheitsinteressen bedrohe. Hochrangige Offizielle in feindlichen Staaten würden angeblich insgeheim die Strippen ziehen, um Aktionen zu provozieren, die den Niedergang Russlands beschleunigen. In dieser Phase glitt Russland in Richtung Autokratie ab und nahm gegenüber dem Westen eine stärker konfrontative Haltung ein.

Sobald diese Narrative Fuß gefasst hatten und regelmäßig von Regierungsvertreter:innen, Sprecher:innen, kremlfreundlichen Journalist:innen, Expert:innen und Dumaabgeordneten sowie im staatlichen Fernsehen verbreitet wurden, konnten anschließend destabilisierende Ereignisse, die das Putin-Regime herausforderten, auf zweckdienliche Art in die bestehenden Verschwörungsnarrative eingebettet werden. So wurde beispielsweise der Euromaidan, der Aufstand einer Graswurzelbewegung in der Ukraine gegen die Entscheidung von Präsident Janukowytsch, ein Assoziierungsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen, als ein Aufstand interpretiert, der vom Westen eingefädelt wurde, um gewaltsam eine prowestliche und antirussische Regierung zu installieren. Putin rechtfertigte damit die Annexion der Krim und den Einmarsch im Donbas mit Verweis auf rechtsextreme Unterstützer:innen des Euromaidan: Es wurde behauptet, dass an der neuen ukrainischen Regierung von den USA unterstützte Faschist:innen beteiligt seien, die angeblich in der Ukraine ethnische Russ:innen bedrohen (s. Schuster 2014). Der vermeintliche Einfluss von Faschist:innen oder Neonazis in der Ukraine ist in all den Jahren der Kämpfe in der Ostukraine ein prominentes Motiv geblieben.

Als es an der Zeit war, das Feld für den großangelegten Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 zu bereiten, reaktivierte Russland bestehender Narrative und passte sie den neuen Umständen an. Putin veröffentlichte im Sommer 2021 ein Traktat, das als eine neue verschwörungsbasierte Lesart der Geschichte gelesen werden kann. Dort wird behauptet, die Ukraine sei ein künstliches, von den Bolschewiki geschaffenes Gebilde und sei Russland später durch westliche Länder, »radikale nationalistische Gruppen« und Neonazis entrissen worden (s. Putin 2021). Am Vorabend der Invasion führte Putin diese Linie fort und verkündete die Notwendigkeit, die Ukraine zu »entnazifizieren«. Er wiederholte die Vorwürfe, dass russische Landsleute im Ausland sich in unmittelbarer Gefahr befänden, und bekräftigte die Logik, die bei den Invasionen in Georgien 2008 und in der Ukraine 2014 angelegt worden war (s. Radnitz, 2022 Casus Belli). Putin vertiefte auch die verschwörungstheoretische Behauptung, dass die Ukraine ein Bestandteil des westlichen Expansionismus sei. Er argumentierte, dass die Integration mit westlichen Militärapparaten und ein vermeintlicher Beitritt zur NATO die Ukraine zu einer Basis machen würde, von der aus die NATO

Russland angreifen könnte, was diese Frage für Russland »existenziell« macht. Diese Motive sind seitdem in verschiedenen Variationen wiederaufbereitet worden, je nachdem, wie es der aktuelle Augenblick erforderte.

Zwecke von Verschwörungserzählungen

Verschwörungstheorien können vielen Zwecken dienen. Wir können zwar nicht in den Kopf eines Menschen schauen, der Verschwörungstheorien verbreitet, doch haben Studien zur Propaganda gezeigt, dass Äußerungen dieser Art auf verschiedene, nicht immer geradlinig verlaufende Weise eingesetzt werden können. Die Entwicklung einer bestimmten Behauptung kann vom Zielpublikum, von kurzfristigen Zielsetzungen und – auch wenn dies schwieriger zu belegen ist – von den eigentlichen Überzeugungen des Akteurs abhängen. Was den Krieg in der Ukraine anbelangt, können wir mehrere Gründe identifizieren, warum Putin und seine Unterstützer:innen glauben könnten, dass verschwörungstheoretische Behauptungen für sie wertvoll sind. Während die unterschiedlichen Gruppierungen im Kreml öffentlich die gleiche Generallinie vertreten, gibt es einige Akteur:innen – etwa den stellvertretenden Vorsitzenden des russischen Sicherheitsrates, Dmitrij Medwedjew, Patriarch Kyrill oder der Sekretär des Sicherheitsrates, Nikolaj Patruschew –, die sich stärker mit bestimmten Narrativen hervortun. Das könnte auf Anweisung geschehen oder aus freien Stücken erfolgen. Kremlnahe Fernsehfiguren sorgen dann dafür, dass diese Narrative ein breites Publikum erreichen.

Überzeugen. Der direkteste Zweck von Verschwörungstheorien zielt darauf ab, eine Änderung bei den Ansichten des jeweiligen Zielpublikums zu bewirken. Seit Beginn des Krieges hat Russland versucht, seine Zuhörerschaft davon zu überzeugen, dass das Vorgehen des Landes gerechtfertigt ist und deshalb unterstützt werden muss. Dabei ist von zentraler Bedeutung, dass Russland nicht als Aggressor, sondern Opfer dargestellt wird. Was auch dazu führt, dass die Dimension des Konflikts neu gedacht wird (s. Toal 2017). Würden Russland und die Ukraine als die einzigen Konfliktparteien dastehen, würde das angesichts der Sinnlosigkeit und des Umstands, dass der Einmarsch durch nichts provoziert wurde, zu dem Schluss führen, dass Russland der Aggressor ist. Wenn allerdings Russland in einem Kampf gegen die vereinten Kräfte der USA und Europas verwickelt wäre und die Ukraine dabei nur als Stellvertreterin fungiert, dann wäre Russland der Underdog mit dem Recht, sich zu verteidigen. Putin hat den Großteil der Zeit nach seinem Machtantritt versucht, diese Version der Geschichte zu verkaufen. Diese Argumente sind für Rezipient:innen nicht notwendigerweise überzeugend, doch zeigen Studien, dass Wiederholungen über einen längeren Zeitraum und der Mangel an alternati-

ven Darstellungen dazu beitragen, den beabsichtigten Effekt zu erzielen (s. Enikolopov et al. 2011).

Signale senden. Verschwörungstheorien können derart gestaltet sein, dass sie implizit Botschaften über ihre:n Verfasser:in transportieren. Zum einen kann der Verweis auf eine Verschwörung ein Mittel sein, um die eigene Macht zu demonstrieren, weil die angeblichen Informationen zur vermeintlichen Verschwörung oft den Zugang zu geheimen, nachrichtendienstlichen Informationen oder technischen Fähigkeiten voraussetzen. Zweitens wird durch ein enormes Aufblähen der Dimensionen einer Verschwörung und den Hinweis, dass existenziell viel auf dem Spiel steht, eine entsprechend starke Reaktion für notwendig erklärt. Damit kann Entschlossenheit signalisiert und beim Zielpublikum Angst geschürt werden (s. Radnitz 2021). Das ist auch bei den widerwärtigen Behauptungen über ukrainische Nazis der Fall, indem auf einen universellen Bösewicht verwiesen wird, der auch eine der Grundlagen für den seit dem »Großen Vaterländischen Krieg« in der UdSSR und Russland dominierenden Mythos bildet. Diese Logik steckt auch hinter unregelmäßig wiederkehrenden Behauptungen über eine aktuell drohende Gefahr, etwa die angeblichen Pläne der Ukraine für den Einsatz einer schmutzigen Bombe unter falscher Flagge oder die Produktion US-finanzierter Biowaffen in der Ukraine (s. Qiu 2022). Es ist schwer einzuschätzen, auf welche Weise Rhetorik die Wahrnehmungen der Öffentlichkeit hinsichtlich der Macht und Entschlossenheit der Regierung beeinflusst. Schließlich kann das Fehlen abweichender Ansichten auch auf den demonstrativen Einsatz von Repression zurückgeführt werden. So kann sowohl Repression als auch das Signalisieren bei Meinungsumfragen zu Selbstzensur bei den Befragten führen (siehe unten).

Verwirrung stiften. Wenn sie im Übermaß eingesetzt werden, können Verschwörungstheorien eine weitere Funktion erfüllen: Sie können die Fähigkeit der Menschen beeinträchtigen, in widersprüchlichen Informationen einen Sinn zu erkennen. Hier geht es nicht um den böswilligen Aspekt von Verschwörungstheorien, sondern deren schwache Verbindung zur Wahrheit. Wenn schlüssige und wiederholt verbreitete Narrative bestimmte Überzeugungen hervorbringen sollen, dann sorgt eine Vielzahl nicht schlüssiger und widersprüchlicher Narrative eher für Verwirrung. So etwas kann der Ablenkung dienen: Wenn Russland glaubhaft eine Gräueltat vorgeworfen wird, sind Behauptungen, die die Schuld in verschiedenen Richtungen suchen, ein Weg, von der Verantwortung abzulenken. Der Kreml hatte diese Taktik verfolgt, nachdem 2014 die von Russland unterstützten Separatisten glaubhaft mit dem Abschuss der Boeing des Fluges MH17 in Verbindung gebracht wurden. Und er hat dies in diesem Krieg seither viele Male getan, unter anderem nach dem Beschuss der Geburts-

klinik in Mariupol (s. Ber 2022). Mit der Zeit, so argumentieren einige, neigen die Menschen dazu, die Suche nach der Wahrheit aufzugeben und einfach abzuschalten. Sie dürften allerdings möglicherweise noch stärker dazu neigen, zu anderen Informationsquellen zu wechseln oder auf eigene Erfahrungen zurückzugreifen (s. Szostek 2018).

Zielpublikum von Verschwörungstheorien

Inland. Russland richtet verschwörungstheoretische Behauptungen an verschiedene Zielgruppen, und zu bestimmten Zwecken. Wie bei anderen autoritären Regimen auch sind Teile der Öffentlichkeit im Lande selbst seit langem die wichtigsten Adressaten für die Propaganda des Kreml (s. Guriev und Treisman 2022). Die russische Regierung versucht, die öffentliche Unterstützung für den Krieg aufrechtzuerhalten und den Ausbruch von Massenprotesten zu verhindern. Sie ist daher bestrebt, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die NATO in Russland einmarschieren würde, wenn Russland nicht in der Ukraine kämpfte. Um hörbarem Widerspruch entgegenzutreten und kriegsfreundliche Aktivist:innen zu mobilisieren, hat Putin vor »fünft Kolonnen« gewarnt, deren westliche Orientierung die Solidarität innerhalb des Landes bedrohe (s. Mylonas und Radnitz, 2022). Auch eine überzogene Rhetorik über die schwerwiegenden Folgen eines russischen Nachgebens soll signalisieren, dass Putin es ernst meint. Der Zweck könnte sein, potenzielle Kritiker:innen dazu zu bringen zweimal nachzudenken, bevor sie aktiv werden. Oder es sollen Rekruten davor abgeschreckt werden, sich dem Militärdienst zu entziehen.

Die Regierung verfügt über die notwendigen Kapazitäten, um ihre Botschaften über eine Vielzahl von Kanälen zu propagieren. In erster Linie erfolgt dies über das staatlich kontrollierte Fernsehen, das wichtigste Medium, über das die Russ:innen Nachrichten beziehen. Die verschwörungstheoretischen Sichtweisen werden direkt über die Nachrichtensendungen verbreitet und von kremlfreundlichen Kommentator:innen und Expert:innen verstärkt, die in den populären abendlichen Talkshows auftreten. Auch im Internet, auf vom Kreml kontrollierten Internetseiten und auf sozialen Medien wie VK und Telegram kursieren Verschwörungstheorien (s. Cottiero et al. 2015). Wenn Menschen also unschlüssige und mehrdeutige Ansichten zum Krieg ausdrücken, ist das nicht zwingend darauf zurückzuführen, dass sie nicht den Botschaften der Regierung ausgesetzt waren.

International. Ein weiteres Zielpublikum ist international angesiedelt und umfasst zwei Gruppen, die den strategischen Interessen des Kreml dienen sollen. Zum einen sind das die Staaten im Mittleren und Nahen Osten, Lateinamerika, Asien und Afrika, deren Eliten der US-amerikanischen Macht skeptisch gegenüberste-

hen und versuchen, in ihren Außenbeziehungen unabhängig zu bleiben. Verschwörungstheorien, die über Fernsehkanäle wie *RT* und *Sputnik* in der jeweiligen Landessprache verbreitet werden und sich gegen den Westen richten, könnten dort auf fruchtbaren Boden fallen, wo die Bevölkerung der vom Westen und den USA dominierten internationalen Ordnung ablehnend gegenübersteht. Der Kreml hofft, dass die dortigen Regierungen dazu gedrängt oder darin unterstützt werden, Russland bei der Umgehung von Sanktionen zu helfen oder US-amerikanischen und europäischen diplomatischen Initiativen entgegenzuwirken.

Die andere Gruppe im Ausland besteht aus unzufriedenen und insbesondere rechten Wähler:innen in demokratischen Ländern. Menschen, die von ihrem politischen System entfremdet und über die EU-Politik wütend sind, könnten für die Rhetorik des Kremls über Fragen wie Diversität, Immigration und traditionelle Werte sowie für russische Verschwörungstheorien über die Ukraine und Länder des Westens empfänglich sein. Auch Bürger:innen, die wegen der hohen Energiepreise oder den Kosten für die militärische Unterstützung der Ukraine aufgebracht sind, könnten angesprochen werden. Eine Mobilisierung sympathisierender Teile der demokratischen Öffentlichkeit kann dazu beitragen, dass es zu Störungen der Politik kommt, prorussische Regierungen gewählt werden oder die öffentliche Unterstützung für die Ukraine erodiert (s. Roonemaa et al. 2022).

Ukrainer:innen. Das dritte Zielpublikum ist in der Ukraine angesiedelt. Die meisten Menschen in der Ukraine dürften den Verschwörungen wohl nicht auf den Leim gehen, da ihr Land gerade von Russland besetzt wird. Der Kreml hat aber versucht, Menschen in den historisch prorussischen Gegenden der Ost- und Südukraine davon zu überzeugen, dass sie in Wirklichkeit von der ukrainischen Zentralregierung in Kyjiw angegriffen werden. Moskau kann diesen Versuch zur Ausweitung der Reichweite seiner Verschwörungstheorien unternehmen, weil die Menschen in den Grenzregionen eher russisches Fernsehen schauen, das Kyjiw nicht blockieren kann (s. Gall 2023). Russland versucht somit, in der Ukraine eine »fünfte Kolonne« zu schaffen oder zumindest die Geschlossenheit der Ukraine zu beeinträchtigen. Es gibt sporadische Berichte, dass Menschen, die bereits dazu neigen, Russland zu vertrauen, diesen Behauptungen dann auch glauben. Allerdings machen die Umstände vor Ort – die ja zeigen, dass die historisch russischsprachigen Gegenden die Hauptlast der Brutalität Russlands zu tragen hatten – es schwieriger, die Herzen und Köpfe dort zu gewinnen (s. Gibbons-Neff und Yermak 2022).

Schlussfolgerungen

Die Frage, ob Verschwörungstheorien »funktionieren« können, ist nur schwer zu beantworten. Einerseits haben

viele Studien, die Jahre zurückreichen, festgestellt, dass antiwestlichen Verschwörungstheorien durchaus Glauben geschenkt wird: dass die NATO eine Bedrohung darstellt, dass der Westen versucht, russische Werte zu zersetzen, und dass der Euromaidan ein insgeheim vom Westen betriebener Staatsstreich war (s. Levada 2016). Berichte während des Krieges besagen, dass diese Einstellungen weiterhin bestehen, auch wenn sie nicht direkt mit der Unterstützung für den Krieg korrelieren (s. Meduza 2023). Meinungsumfragen in einem autoritären Regime und in Kriegszeiten werden wohl kaum ehrliche Antworten hervorbringen, und die Daten zur Unterstützung für Putin und den Krieg lassen Raum für unterschiedliche Interpretation (s. hierzu die Russland-Analysen Nr. 430: <https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/430/>).

Andererseits ist es eher das Verhalten und weniger die vorgetragenen Ansichten, die Hinweise liefern, dass Verschwörungstheorien als Mittel zur Überzeugung oder Einschüchterung versagen. Im September 2022 verkündete die Regierung eine massive Mobilmachung für Wehrpflichtige für den Kriegseinsatz. Hunderttausende Männer im wehrpflichtigen Alter flohen lieber aus dem Land als das Risiko einzugehen, in den Krieg gegen die Ukraine geschickt zu werden. Eine Interpretation ist hier, dass das auf schlichten Selbsterhalt hindeutet. Aber wenn Putins Rhetorik, dass der Krieg für das Überleben Russlands notwendig ist, glaubwürdiger wäre, wäre nicht eine derart weit verbreitete Entscheidung für ein Exil zulasten des Dienstes am Vaterland zu beobachten gewesen (s. Radnitz 2022, Propaganda). Es deutet zumindest darauf hin, dass es viele Russ:innen gab, die von der Propaganda des Kremls nicht überzeugt waren.

Verschwörungstheorien sind seit langem Teil des politischen Repertoires und sind weltweit eine beliebte rhetorische Form, auch in Demokratien. Da sie als Propaganda in Erscheinung treten, ist es wenig überraschend, dass sie in Kriegszeiten in Ergänzung zu den militärischen Operationen eingesetzt werden. Ihre Wirkung sollte nicht überschätzt werden, da andere Faktoren – unter anderem militärische Stärke, Strategie, Moral und die Stabilität des Regimes – eine viel größere Rolle für den Kriegsverlauf spielen. Doch spiegeln Verschwörungstheorien wenigstens die geopolitische Weltsicht der russischen Regierung wider. Auch liefern sie im Kontext einer militärischen Auseinandersetzung eine strategische Unterfütterung. Es wäre also fahrlässig, Verschwörungstheorien außer Acht zu lassen.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Informationen über den Autor und eine Bibliographie finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Scott Radnitz ist Herbert J. Ellison Professor für Russland- und Eurasienstudien an der Jackson School of International Studies der Universität Washington. Er ist der Autor der Monografie *Revealing Schemes: The Politics of Conspiracy in Russia and the Post-Soviet Region* (2021) und Mitherausgeber von *Enemies Within: The Global Politics of Fifth Columns* (2022), die beide bei Oxford University Press erschienen sind.

Bibliographie

- Ber, Ilya: A new wave of old lies. More false claims about the Mariupol maternity hospital bombing, debunked, in: *Meduza*, 8. April 2022; <https://meduza.io/en/feature/2022/04/08/a-new-wave-of-old-lies>.
- Cottiero, Christina; Katherine Kucharski, Evgenia Olimpijeva, Robert W. Orttung: War of words: the impact of Russian state television on the Russian Internet, in: *Nationalities Papers* 2015, Band 43, Nr. 4, S. 533–555.
- Enikolopov, Ruben; Maria Petrova, and Ekaterina Zhuravskaya: Media and political persuasion: Evidence from Russia, in: *American Economic Review* 2011, Band 101, Nr. 7, S. 3253–3285.
- Gall, Carlotta; Oleksandr Chubko, Dyma Shapoval: “Our Own Guys Are Shelling Us”: How Russian Propaganda Plagues Ukraine, in: *New York Times*, 19. April 2023; <https://www.nytimes.com/2023/04/19/world/europe/ukraine-russia-donbas-propaganda.html>.
- Gibbons-Neff, Thomas; Natalia Yermak: Russians Breached This City, Not With Troops, But Propaganda, in: *New York Times*, 17. Juni 2022; <https://www.nytimes.com/2022/06/17/world/europe/ukraine-russia-propaganda.html>.
- Guriev, Sergei; Daniel Treisman: *Spin Dictators: The Changing Face of Tyranny in the 21st Century*, Princeton University Press, 2022.
- Levada Center: Maidan and Russia–Ukraine Relations, 5. April 2016; <https://www.levada.ru/en/2016/04/05/maidan-and-russia-ukraine-relations/>.
- Meduza: “The only thing worse than war is losing one” Even some of Meduza’s readers support the invasion of Ukraine. We asked them to explain why, 3. Juni 2023; <https://meduza.io/en/feature/2023/06/03/the-only-thing-worse-than-war-is-losing-one>.
- Mylonas, Harris; Scott Radnitz: The Disturbing Return of the Fifth Column, in: *Foreign Affairs*, 26. August 2022; <https://www.foreignaffairs.com/russian-federation/disturbing-return-fifth-column>.
- Oushakine, Serguei Alex: *The Patriotism of Despair: Nation, War, and Loss in Russia*, Cornell University Press, 2016.
- Putin, Vladimir: On the historical unity of Russians and Ukrainians, *Kremlin.ru*, 12. Juli 2021; <http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181>.
- Qiu, Linda: Theory About U.S.-Funded Bioweapons Labs in Ukraine Is Unfounded, in: *The New York Times*, 11. März 2022; <https://www.nytimes.com/2022/03/11/us/politics/us-bioweapons-ukraine-misinformation.html>.
- Radnitz, Scott: *Revealing Schemes: The Politics of Conspiracy in Russia and the Post-Soviet Region*, Oxford University Press, 2021.
- Radnitz, Scott: Vladimir Putin’s Casus Belli for Invading Ukraine [= *Ponars Eurasia Policy Memo Nr. 762*], 28. März 2022, <https://www.ponarseurasia.org/vladimir-putins-casus-belli-for-invading-ukraine/>.
- Radnitz, Scott: Why Russian Propaganda isn’t as Persuasive as You Might Think, in: *Washington Post*, 21. Oktober 2022, <https://www.washingtonpost.com/politics/2022/10/21/russia-public-opinion-ukraine/>.
- Roonemaa, Holger; Martin Laine, Michael Weiss: Exclusive: Russia Backs Europe’s Far Right, in: *New Lines Magazine*, 24. März 2022; <https://newlinesmag.com/reportage/exclusive-russia-backs-europes-far-right/>.
- Russian Analytical Digest: The value of public opinion polls, [= *Russian Analytical Digest* Nr. 292], 22. Februar 2023; https://css.ethz.ch/en/publications/rad/rad-all-issues/details.html?id=/n/o/2/9/no_292_the_value_of_public_opinion_polls
- Schuster, Simon: Russians Rewrite History to Slur Ukraine Over War, in: *Time.com*, 29. Oktober 2014; <https://time.com/3545855/russia-ukraine-war-history/>.
- Szostek, Joanna: Nothing is true? The credibility of news and conflicting narratives during “Information War” in Ukraine, in: *The international journal of press/politics* 2018, Band 23, Nr. 1, S. 116–135.
- Toal, Gerard: *Near Abroad: Putin, the West and the Contest over Ukraine and the Caucasus*, Oxford University Press, 2017.

KOMMENTAR

Die konzentrischen Kreise der Repression

Jan Matti Dollbaum (LMU München)

Nawalnyjs Anwälte verhaftet

Am 13. Oktober 2023 wurden Wadim Kobsew, Alexej Lipzer und Igor Sergunin festgenommen. Schnell kursierte die Vermutung, die Verhaftung stehe im Zusammenhang mit Ermittlungen auf der Grundlage des Artikels 282.1 des russischen Strafgesetzbuchs über die »Mitwirkung in einer extremistischen Organisation«. Die Staatsanwaltschaft ließ zudem Büros und Privaträume sowie die Räumlichkeiten der Moskauer Kanzlei »Dalet« durchsuchen, in der auch Nawalnyjs Verteidigerin Olga Michailowa arbeitet. Sie hält sich zurzeit im Ausland auf. Igor Sergunin war zu diesem Zeitpunkt nach Angaben von Nawalnyj selbst schon seit dem Jahr 2022 nicht mehr mit seiner Verteidigung betraut.

Iwan Shdanow, Direktor von Nawalnyjs Stiftung für Korruptionsbekämpfung (FBK) und zentraler Koordinator in Nawalnyjs Netzwerk, las am 16. Oktober im YouTube-Kanal »Populjarnaja Politika« aus der Anklageschrift vor, die ihm zugespielt worden war. Dort wird den drei Anwälten vorgeworfen, ihren Status dafür genutzt zu haben, »regelmäßige Kommunikation zwischen Anführern und Mitarbeitern einer extremistischen Vereinigung« herzustellen. Die u. a. genannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Leonid Wolkow, Iwan Shdanow, Ljubow Sobol, Georgij Alburow, Ruslan Schawedinow, Kira Jarmysch und Marija Pewtschich hätten die Informationen genutzt, um aus dem Ausland ihre »verbrecherischen Pläne« in Russland umzusetzen. Als Ergebnis führt die Anklage laut Shdanow mehrere YouTube-Videos auf, die Nawalnyjs Team zu Beginn der Vollinvasion vom Februar 2022 veröffentlichte und die die russische Aggression scharf kritisieren.

Nawalnyjs Organisation war bereits im Jahr 2021 als extremistisch eingestuft und aufgelöst worden, woraufhin zahlreiche seiner engen Mitstreiter, aber auch viele der regionalen Aktivistinnen und Aktivisten emigrieren mussten. Nawalnyj selbst wurde auf Basis der Einstufung im August 2023 zu zusätzlichen neunzehn Jahren Haft verurteilt. Infolge dieser Verurteilung hatte die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen seine Anwälte aufgenommen.

Die öffentlichen Stellungnahmen wiesen erwartbare Unterschiede auf. Menschenrechtsorganisationen fanden klar verurteilende Worte. Memorial etwa erklärte, der Schritt sende ein Signal an die gesamte russische Anwaltschaft, dass die Verteidigung von Mandanten vor Gericht nunmehr mit Mittäterschaft gleichgesetzt werde. Einige Anwältinnen und Anwälte, die mit politischen Verfahren betraut sind, äußerten sich ebenfalls

kritisch bis bestürzt und riefen die organisierte Anwaltschaft dazu auf, sich zu positionieren. Diese scheute hingegen vor Kritik zurück und verwies zunächst auf mangelnde Informationen.

Das Ziel ist die Isolation

Nawalnyjs Team ordnete den Schritt als Versuch des russischen autoritären Regimes ein, Nawalnyj nach seiner Verbringung in eine Haftanstalt mit extremen Sicherheitsvorkehrungen und Einschränkungen des Besuchsrechts nun vollends von der Außenwelt abzuschneiden. Ganz offensichtlich trifft diese Einschätzung zu.

Obwohl sich in Russland seit der Vollinvasion vom Februar 2022 die Repressionen noch einmal merklich verschärft haben, veranschaulicht diese Episode erneut das altbekannte Muster, wie das Verhältnis zwischen Nawalnyj und dem Regime von Zeit zu Zeit eskaliert: Nawalnyj nutzt in demonstrativ naiver Manier die im System verbliebenen Spielräume und macht darauf aufmerksam, dass diese in einem »normalen« Staat Selbstverständlichkeiten seien. Der Staat reagiert, indem er diese Spielräume schließt. Dieser dynamische Prozess erinnert an vergangene Einschränkungen: die Möglichkeit, an Wahlen teilzunehmen, Proteste zu organisieren und Kampagnen zu führen, und schließlich internetbasierte Hilfsmittel zur strategischen Wahl zu verbreiten (Stichwort »Smart Voting«). Jetzt ist Nawalnyj inhaftiert, sein Netzwerk ist zerschlagen und seine Unterstützerinnen und Unterstützer befinden sich größtenteils im Exil. Smart Voting ist durch Zensur und elektronische Wahl unschädlich gemacht. Sein letzter Ausweg, auf die russische Öffentlichkeit Einfluss zu nehmen, verlief über das rechtsstaatliche Überbleibsel des regelmäßigen Kontakts zu seinen Anwälten, der infolge dieses Verfahrens möglicherweise deutlich eingeschränkt und sehr wahrscheinlich stärker überwacht werden wird.

Dabei ist es zwar erwähnenswert, aber am Ende nebensächlich, dass hier wohl tatsächlich das gesetzlich Erlaubte überschritten wurde. Der Anwalt Sergej Jerchow, der den marxistischen Soziologen Boris Kagarlikij verteidigt, wies darauf hin, dass die Überbringung von Botschaften eines Inhaftierten an die Außenwelt nicht Teil der gesetzlich definierten anwaltlichen Tätigkeit sei. Das unabhängige Onlinemedium Meduza stellte zudem fest, dass Aufzeichnungen aus Gesprächen zwischen Inhaftiertem und Anwalt der Zensur unterliegen, sofern sie nicht direkt die Vertretung vor Gericht betreffen. Dazu gibt es auch ein Urteil des russischen Verfassungsgerichts. Der russische Staat handelt hier

also auf dem Papier wahrscheinlich im Rahmen seiner eigenen Gesetze. Die politisch motivierte Inhaftierung Nawalnyjs verdeutlichte aber ein weiteres Mal, dass diese Gesetze und ihre Anwendung (also die Einstufung des FBK als »extremistisch«) genauso wie das Verfahren, in dem Nawalnyj verurteilt wurde, nichts mit Rechtsstaatlichkeit zu tun haben.

Zynisch könnte man formulieren, dass die häufigen Wortmeldungen Nawalnyjs mithilfe seiner Anwälte sogar etwas verwundert haben und nicht mehr recht zu den aktuellen repressiven Bedingungen passen wollten. In jedem Fall wird hier also die Praxis des Justizvollzugs dem derzeitigen Härtegrad des Autoritarismus angeglichen. Ähnlich konzentrischen Kreisen auf dem Wasser, die sich von innen nach außen bewegen, greift die staatliche Repression nun von den Beschuldigten auf ihre Vertreterinnen und Vertreter über.

Ausblick

Die Verhaftung der Nawalnyj-Anwälte verdeutlicht, dass der Kreml Nawalnyj noch immer für gefährlich hält, selbst wenn es sich nur um Wortmeldungen und Ideengebungen handelt, die er aus der Haft an seine Gefolgschaft nach draußen sendet. Wieviel davon bisher allein von Nawalnyj stammte, war jedoch gar nicht so leicht auszumachen. Vor einigen Monaten gab es bei X

(vormals Twitter) eine lebhafte – und durch KI-gestützte Ad-Hoc-Analysen angereicherte – Debatte darüber, welcher Anteil der Statements wortwörtlich von Nawalnyj stammt, welcher von seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern ausformuliert wird, und wer dabei womöglich federführend ist (der Computer tippte auf Alburrow). Die präzisen Antworten auf diese Fragen sind unerheblich. Wichtiger ist, dass sich Nawalnyjs Team schon zu Zeiten seiner Präsidentschaftskampagne 2017/18 seinen Schreibstil angeeignet hat, für Fälle, in denen er selbst nur Stichworte liefern kann. Sollten ab jetzt auch die Stichworte fehlen, würde das Nawalnyj weiter von seinem Publikum innerhalb und außerhalb Russlands entfernen. Solange er aber am Leben ist, wird es sein Team wohl weiterhin schaffen, Nawalnyjs Botschaften hin und wieder durch selbstverfasste Statements zu ergänzen. Das aber birgt die reale Gefahr der weiteren Eskalation: Der Kreml wird wahrscheinlich nicht davon zurückschrecken, den letzten Schritt zu gehen – sprich: Nawalnyj umzubringen – wenn es dem Regime notwendig erscheinen sollte. Gleichwohl zeigt die Tatsache, dass dies trotz zahlreicher Gelegenheit in den Haftanstalten noch nicht geschehen ist, dass die Inhaftierung aus Sicht des Kremls bisher mehr Vorteile bietet. Dies kann sich jedoch jederzeit ändern.

Über den Autor

Dr. Jan Matti Dollbaum leitet eine vom Elitenetzwerk Bayern geförderte internationale Nachwuchsforschungsgruppe zu Repräsentation und Mobilisierung im postsowjetischen Raum an der LMU München.

DEKODER

Ist Russland totalitär?

Matthäus Wehowski (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden)

Einleitung von Dekoder

Als der Begriff »Putler« in den 2000er Jahren im russischsprachigen Internet aufkam, klang es vielen wie ein Kalauer. Mit der Zeit häuften sich die Hitlervergleiche, auch mit Stalin wurde Putin immer wieder verglichen. Heute ist es gewissermaßen normal, das System Putin als faschistisch und/oder stalinistisch zu bezeichnen. Was sind die Gemeinsamkeiten dieser drei Diktaturen? dekoder hat mit dem Historiker Matthäus Wehowski gesprochen, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung.

dekoder: Was ist Totalitarismus und worin unterscheidet er sich vom Autoritarismus?

Matthäus Wehowski: Es gibt verschiedene Definitionen von Totalitarismus. Ganz grob gesagt, sind das Staatswesen, die auf Massenmobilisierung setzen und dazu alles anhand einer bestimmten Ideologie ausrichten. Die Ideologie durchdringt hier alles, jedes einzelne Leben. Manche Forscher beschreiben Ideologien als politische Religionen: Sie

haben einen Ausschließlichkeitsanspruch, die Deutung ist quasi monopolisiert. Eine Ideologie ist weitgehend widerspruchsfrei, ihre einzelnen Komponenten können aufeinander bezogen werden. In der Theorie hat sie also ein Mindestmaß an Konsistenz und Kohärenz.

Als »Klassiker« des totalitären Staates gelten das sogenannte Dritte Reich und die Sowjetunion unter Stalin. Im »Dritten Reich« war die Ideologie des Nationalsozialismus auf ausnahmslos alle Sphären von Politik und Gesellschaft ausgerichtet. Ob etwa eine Person »Wert« hatte oder nicht – im Dritten Reich hat man das anhand der Abstammung, von »Blut und Volk« und dieser ganzen sozialdarwinistischen Ideen definiert. Im Stalinismus gab es eine besondere Färbung des Marxismus-Leninismus und der sogenannten Diktatur des Proletariats. Der »Wert« einer Person wurde daran gemessen, inwieweit er im Sinne der Staatspartei in diese Ideologie hineinpasst oder nicht. Ob das eine kohärente Ideologie gewesen ist, ist in der Wissenschaft in vielen Punkten umstritten. Wichtig ist aber unter anderem, dass sie allgegenwärtig war: Die Gesellschaft war mobilisiert, es gab ständig Paraden und Indoktrination, die Ideologie war überall, alles wurde durch das Prisma der Ideologie gesehen, ohne Ausnahmen und Nischen. Dies ist wohl auch der Unterschied zum Autoritarismus: Beides sind diktatorische Herrschaftsformen, im Autoritarismus gibt es aber noch ein Mindestmaß an Pluralismus – dieser ist zwar eingeschränkt, aber es gibt ihn eben. Totalitäre Systeme kennzeichnen sich dagegen durch ein Deutungsmonopol.

Sie haben das Stichwort *politische Religion* genannt. Hat eine Ideologie auch ein Heilsversprechen oder eine Zukunftsvision? Will sie unbedingt einen neuen Menschen?

Wenn wir uns diese klassischen historischen Beispiele anschauen, dann gehört das wohl dazu. Der Stalinismus hatte einen Anspruch auf die Bildung einer neuen Gesellschaft, auf die Schaffung des sogenannten Sowjetmenschen. Der neue Mensch ist natürlich ein utopisches Element, und wenn man will, auch eine Art Heilsversprechen. Im Nationalsozialismus ist es etwas anders: Hier gab es die Idee einer glorreichen idealen Vergangenheit, die wiederhergestellt werden sollte. Das sogenannte Urvolk sei demnach eine »reine Rasse« gewesen, ohne Einflüsse von außen – und da, so die NS-Vision, müsse man wieder hin. Gleichzeitig gab es natürlich das Versprechen von moderner Technik. Wir haben diese Ideen von utopischen Umgestaltungen – zum Beispiel Berlin, das zur »Reichshauptstadt Germania« umgebaut werden sollte. Es war also ein Mix aus romantisierter Vergangenheit und einer utopischen Zukunft. Im Stalinismus haben wir dagegen diesen extremen Blick nach vorn: Dem Anspruch nach wollte der Stalinismus komplett mit der Vergangenheit brechen und aus dieser Tabula Rasa eine neue Gesellschaft, einen vollständig neuen Menschen schaffen.

Wenn man diese Prinzipien zugrunde legt, dann ist Russland also nicht totalitär. Richtig?

Ja. Aus vielen Gründen. Es gab früher diesen sogenannten »Gesellschaftsvertrag«: Ihr könnt alles machen und reden, was ihr wollt, dafür mischt ihr euch aber nicht in die Politik ein – und wir sorgen für euren Wohlstand. 2014 kam noch der sogenannte »Krim-Konsens« dazu: Wer für die »Angliederung« ist, ist auch für Putin – fertig, aus. Das Regime hat also jahrzehntelang dezidiert darauf gesetzt, die Gesellschaft eben nicht zu mobilisieren, sondern sie zu depolitisieren und apolitisch zu halten. Es gibt daher auch keine klare Ideologie, mit der man mobilisieren könnte. Seit 2014 sinkt das Realeinkommen in Russland, der Kreml kann sein Wohlstandsversprechen also nicht halten. Auch der »Krim-Konsens« scheint zu bröckeln. Das Regime ideologisiert sich zwar scheinbar – man nehme etwa die Diskussion um die Einheitlichkeit der Geschichtsbücher an den Schulen – insgesamt ist der Prozess aber sehr versatzstückartig, Schaffung einer Ideologie aus einem Guss scheint mir da eher unwahrscheinlich. Und eigentlich braucht der Kreml auch keine Ideologie, um sich zu legitimieren: Es ist zynisch, aber der Machterhalt kann auch durch Repressionen gesichert werden.

Aber es gibt doch die sogenannte Russische Welt – ist das denn keine Ideologie?

Wie man's nimmt, kohärent ist diese Anschauung jedenfalls nicht: Hier etwas Mystizismus, da ein bisschen Orthodoxie, eine Prise Stalinismus, noch etwas Sowjetnostalgie etc. Für eine kohärente Ideologie reicht das nicht, eigentlich gibt es im aktuellen Russland überhaupt keine Ideologie im klassischen Sinne. Das ist eine ganz wichtige Sache, die wir uns immer wieder vor Augen halten müssen. Mark Galeotti, der britische Russland-Historiker, spricht von Adhocracy. Ich finde, dieser Begriff passt sehr gut: Zuerst konstruiert man eine gefällige russische Geschichte, und dann bedient man sich daraus nach Belieben – man nimmt aus dieser Mottenkiste einfach das, was einem gerade ad hoc in den Kram passt, mal Peter den Großen, mal Katharina, mal Gumiljow, mal Derschinski. Das ist keine kohärente Ideologie mit einem festen Fundament. Wenn es so etwas heute überhaupt noch gibt, dann wohl nur in Nordkorea.

Der Journalist Andrej Archangelski hat kürzlich von einem Totalitarismus 2.0 gesprochen: Die Ideologie des Putinismus speise sich aus der Ablehnung von progressiven Werten.

Das machen doch auch andere Regierungen, in Ungarn oder Polen zum Beispiel. Feindschemata können zwar auch Solidaritätseffekte stiften und damit eine Eigengruppe formen, das macht das Ganze aber noch lange nicht zu einer Ideologie. Eine Ideologie ist vom Anspruch her konstruktiv, sie ist für etwas – und nicht nur gegen. Der Kreml legitimiert sich aber zunehmend nur noch durch ein schlichtes Feindschema: Russland, so heißt es, sei eine belagerte Festung, der Westen wolle es unterwerfen und plündern. Auch die Aggression gegen die Ukraine verkauft die Propaganda doch als einen Verteidigungskrieg. So ein Feindschema kann zwar einen Rally 'round the flag-Effekt stiften und auch die Repressionen im Inneren legitimieren, eine Zukunftsvision bietet es aber nicht. Außerdem legitimiert sich das System im Grunde ex negativo: Es braucht einen konstituierenden Anderen.

Damit macht es sich doch letztendlich auch abhängig von diesem Anderen. Ist es nicht eine recht unzuverlässige Methode des Machterhalts?

Es gibt diesen wunderbaren Spruch von Alexei Yurchak: »Everything was forever until it was no more«. Der Zusammenbruch einer Diktatur kann ganz plötzlich passieren oder auch gar nicht. Das klingt jetzt trivial, aber im Sommer 1989 hätte eine Mehrheit aller Beobachter wohl gesagt, dass die Mauer natürlich die nächsten 100 Jahre noch stehen bleiben wird, so wie Honecker das erklärt hat. Hätte man vor dem Arabischen Frühling Experten um ihre Einschätzung zur Dauerhaftigkeit der libyschen Diktatur gefragt, hätten sie die wohl auch als stabil eingestuft. Natürlich kann Putin ein Gaddafi-Schicksal ereilen. Denkbar ist aber auch, dass er bis zu seinem natürlichen Tod an der Macht bleibt. Oder gar darüber hinaus, es gibt da wirklich ganz absurde Fälle: Der algerische Präsident Bouteflika war jahrelang aus der Öffentlichkeit verschwunden und hat trotzdem noch geherrscht. Die Bevölkerung wusste nicht mal, ob der Mann überhaupt noch lebt, er blieb trotzdem an der Macht. Und Mugabe war zuletzt völlig senil und hat nur noch Unsinn geredet. Aber regiert hat er bis zu seinem Exitus. Wir hatten das in der Sowjetunion mit Tschernenko, der schon todkrank war, als er überhaupt zum Generalsekretär der KPdSU wurde.

Es gibt so viele Faktoren, die völlig unkalkulierbar sind. Putin hat zwar funktionierende Instrumente des Machterhalts: Propaganda, Feindschema, Repressionsapparat, Geheimdienste etc. – dann kommt aber so ein Prigoshin, und das Regime gerät ins Wanken. So etwas kann in autoritären Regimen mit ihrem typischen Mangel an echten politischen Institutionen eben schneller passieren. Kann passieren, muss aber nicht.

Die Originalfassung des vorliegenden Beitrags von dekoder ist online verfügbar unter <https://www.dekoder.org/de/article/russland-totalitaer-faschistisch-stalinistisch-analyse>

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Über den Autor

Dr. *Matthäus Wehowski* hat Geschichtswissenschaft und Slavistik an der Universität in Tübingen studiert und ein Gastsemester in Moskau absolviert. Seit 2018 ist er am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung tätig und beschäftigt sich vor allem mit der Geschichte der Nationalbewegungen im östlichen Europa, der Demokratisierung und der Gesundheitspolitik im 20. Jahrhundert.

CHRONIK

03. – 20. Oktober 2023

03.10.2023	An der russisch-georgischen Grenze warten etwa 60 armenische Lastwagen auf Abfertigung durch den Zoll. Die russischen Behörden begründen die Situation mit einer notwendigen Qualitätskontrolle des geladenen armenischen Cognacs. Dies geschehe vor dem Hintergrund einer Warnung der russischen Alkoholaufsichtsbehörde vor dem Verzehr und Kauf dreier armenischer Cognacmarken. Es seien Aromastoffe und Alkohole nicht cognacartigen Ursprungs darin gefunden worden. Tags zuvor war Armenien dem Internationalen Strafgerichtshof beigetreten, um die Ereignisse in Bergkarabach untersuchen zu lassen. Das russische Außenministerium hatte diese Entscheidung als »feindselig« bezeichnet, da der Strafgerichtshof einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin erlassen habe.
04.10.2023	Der russische Premierminister Michail Mischustin weist die Föderale Aufsichtsstelle im Bereich Bildung und Wissenschaft (Rosobrnadsor) an, personenbezogene Daten von Student:innen an Schulen, Hochschulen und Universitäten zur Übermittlung an das Militärregistrierungsregister zu sammeln. Das Register, das die Einberufung russischer Bürger:innen mittels elektronischer Vorladung ermöglicht, wurde im April 2023 eingerichtet. Elektronische Vorladungen sind verpflichtend und denen auf Papier gleichgestellt. Russischen Staatsbürger:innen ist es ab dem Tag der Vorladung verboten, das Land zu verlassen.
04.10.2023	Der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitrij Peskow, bestätigt, dass es wenige Tage vor dem Einmarsch Aserbaidschans in die Republik Arzach in Bergkarabach Gespräche hochrangiger Diplomaten Russlands, der USA und der Europäischen Union in Istanbul zur Frage der Beendigung der Blockade Bergkarabachs durch Aserbaidschan gegeben habe. Zwei Tage später zwang das aserbaidschanische Militär durch eine Offensive die Regierung der selbsternannten Republik Arzach zur Aufgabe; fast alle Armenier:innen flohen aus der Enklave.
05.10.2023	Die russische Tageszeitung »Kommersant« berichtet, dass das russische Verteidigungsministerium nach dem Tod Jewgenij Prigoshins, Chef des privaten Söldner:innen-Unternehmens »TschWK Wagner« und Inhaber des Cateringunternehmens »Konkord«, den Verpflegungslieferanten wechseln wird. Die Versorgung des Militärs wird die »RBE Group«, ein Konkurrenzunternehmen von »Konkord«, übernehmen. Bereits in den Jahren 2011 und 2012 versorgte die »RBE Group« das russische Militär mit Verpflegungs- sowie Wäschedienstleistungen. Haupteigentümer ist seit 2018 deren Gründer Andrej Schokin, der Anfang der 2000er Jahre in zahlreiche Skandale im Zusammenhang mit der Veräußerung von Staatseigentum verwickelt war.
05.10.2023	Das russische Online-Medium »Wjorstka« berichtet unter Berufung auf Militärgerichtsakten über einen starken Anstieg an von Soldaten begangenen Morden außerhalb ihres Einsatzgebietes in der Ukraine. Mindestens 147 russische Soldaten wurden zwischen Januar und September 2023 wegen Mordes angeklagt. Im Vergleich zum Vorjahr mit 15 Fällen stieg die Zahl um etwa das Zehnfache an. Die Gerichtsurteile deuteten laut »Wjorstka« darauf hin, dass die meisten Morde unter Alkoholeinfluss begangen wurden.
05.10.2023	Der russische Präsident Wladimir Putin weist die Regierung an, staatliche Mittel für die arktischen Regionen bereitzustellen, um eine reibungslose Heizsaison zu gewährleisten. Dazu gehöre auch die Regulierung der Preise für Heizöl, das an Privathaushalte geliefert wird, teilt der Kreml mit. In den vergangenen Monaten gab es in Russland Engpässe bei Kraftstoffen, die zu hohen Preisen führten. Am 21. September war deshalb ein Exportverbot verhängt worden.
05.10.2023	Infolge eines russischen Raketenbeschusses des Dorfes Grosa im ukrainischen Gebiet Charkiw sterben 51 Menschen, sieben weitere werden verletzt. Eine der Raketen schlug in einem Café ein, in dem sich zu diesem Zeitpunkt etwa 60 Zivilist:innen befanden. Die Sprecherin der Regionalverwaltung, Jelena Schapowal, teilte mit, der Angriff sei, gemessen an der Zahl der Todesopfer, der schwerste in der Region Charkiw seit Beginn des großflächigen russischen Angriffskrieges gewesen.
05.10.2023	Das russische Meinungsforschungsinstitut »WZIOM« teilt mit, dass sich der Anteil der Bevölkerung, der grundsätzlich nicht fernsieht, von 2018 bis 2023 von 13 auf 31 Prozent fast verdreifacht hat. Im Jahr 2018 gaben noch 23 Prozent der fernsehenden Befragten an, dass sie zwar fernsehen, aber nie online gehen würden, heute sagen dies nur noch 16 Prozent. Zusätzlich ergab eine Studie der russischen Bank »Otkrytije«, dass 44 Prozent der Bevölkerung Fernsehinformationen misstrauten, nur noch 42 Prozent vertrauen dem Fernsehen. Das größte Misstrauen herrscht im Fernen Osten mit 57 Prozent und im Nordwestlichen Föderationskreis mit 55 Prozent. Gleichzeitig wurde 2023 im föderalen Haushalt ein Betrag von 122,1 Milliarden Rubel (etwa 1,2 Milliarden Euro) für die Finanzierung der staatlichen Medien bereitgestellt. Dies sind sieben Prozent mehr als im Vorkriegsjahr 2021.

06.10.2023	Die russische Regierung teilt mit, das am 21. September verhängte Verbot von Diesel-Exporten über die Pipelines in russischen Häfen sei aufgehoben. Damit entfällt ein Großteil der für Diesel verhängten Exportbeschränkungen, die Beschränkungen für Benzin bleiben jedoch bestehen. Diesel war mit rund 35 Millionen Tonnen im Jahr 2022 Russlands stärkstes Exportprodukt; fast dreiviertel wurden über Pipelines exportiert. Voraussetzung für die Aufhebung der Beschränkung ist, dass der jeweilige Hersteller mindestens 50 Prozent des produzierten Dieselmotorkraftstoffs an den heimischen Markt liefert.
06.10.2023	Die russische Regierung wird dem niederländischen Ableger des russischen Internetkonzerns »Yandex« statt der vereinbarten 25,1 Milliarden Rubel (etwa 244 Millionen Euro) nur etwa 7 bis 8 Milliarden Rubel (etwa 68 bis 78 Millionen Euro) zahlen, nachdem der Mitbegründer von »Yandex«, Arkadij Wolosh, sich öffentlich gegen den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgesprochen hatte. »Yandex« hatte im November 2022 seine Pläne für den Verkauf des russischen Teils des Unternehmens veröffentlicht. Wolosh steht auf der Sanktionsliste der Europäischen Union.
07.10.2023	Am Rande eines Treffens mit dem usbekischen Präsidenten Schawkat Mirsijojew und dem kasachischen Präsidenten Kassym-Jomart Tokajew in Moskau kündigt der russische Präsident Wladimir Putin die Aufnahme von Gaslieferungen über Kasachstan nach Usbekistan an. Dies sei das größte trilaterale Energieprojekt zwischen den drei ehemaligen Sowjetstaaten, betonte Putin. Die russischen Gasexporte waren im Jahr 2022 um 21,5 Prozent zurückgegangen, nachdem die Europäische Union, als einer der größten Abnehmer russischen Gases, die Lieferungen in Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine drastisch reduziert hatte.
09.10.2023	Die russische Wirtschaftszeitung »Wedomosti« berichtet, dass der Anteil freier Stellen für minderjährige Arbeitssuchende im Sommer 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 454 Prozent gestiegen sei. Im Sommer 2022 gab es laut einer Analyse des Jobportals »Headhunter« 1.800 für Minderjährige ausgeschriebene freie Stellen, 2023 belief sich die Zahl auf rund 10.000. Die meisten Angebote entfielen dabei auf Stellen als Kurierfahrer:innen, es folgten Stellen für Verkäufer:innen, Promoter:innen und Call-Center-Mitarbeiter:innen. Mit Inkrafttreten eines neuen Gesetzes, das die Einstellung Jugendlicher mit der schriftlichen Zustimmung der Eltern und ohne Genehmigung der Vormundschaftsbehörde erlaubt, ist die Beschäftigung Jugendlicher einfacher geworden. Unternehmen begegnen mit der Beschäftigung Minderjähriger vielerorts dem herrschenden Personalmangel.
09.10.2023	Angestellte des russischen Energiekonzerns »StrojTransNefteGas«, einer Tochterfirma der »Gasprom«-Holding, die auf dem sogenannten »Kowykta-Feld« im Osten Sibiriens tätig sind, streiken. Grund für den Streik sind seit zwei Monaten ausstehende Lohnzahlungen sowie schlechte Arbeitsbedingungen. »Gasprom« hatte nach der Einstellung der Belieferung der Mehrzahl aller europäischen Länder in der zweiten Jahreshälfte 2022 einen Nettoverlust von 1,2 Billionen Rubel (etwa 11 Milliarden Euro) gemacht. Die Produktion lag in der ersten Jahreshälfte 2023 bei 178,45 Milliarden Kubikmetern Gas, etwa 25 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum 2022.
10.10.2023	Anlässlich der Wahl neuer Mitglieder für den UN-Menschenrechtsrat auf der UN-Vollversammlung kündigt Russland am 07.10.2023 seine Kandidatur für die Rückkehr in den Rat an und verliert bei der Wahl. Russland war nach dem Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 aus dem Menschenrechtsrat ausgeschlossen worden. Um gewählt zu werden, benötigt ein Land 97 von 193 Stimmen der UN-Mitgliedsstaaten, im April 2022 hatten 93 Länder für die Suspendierung aus dem Rat gestimmt, 24 Länder dagegen. Die Abstimmung erfolgt geheim. Russland verliert mit 83 Stimmen gegen Bulgarien (160) und Albanien (123).
10.10.2023	Der russische Gesandte bei der »Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen« (CTBTO) erklärt, Russland werde die Ratifizierung des Abkommens widerrufen. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte zuvor angekündigt, die Ratifizierung des Vertrags zu widerrufen, um ihn mit dem Status des Vertrags in den USA in Übereinstimmung zu bringen, die ihn zwar unterzeichnet, aber nicht ratifiziert hätten. Der Vorsitzende der russischen Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, erklärte, dieser Schritt sei von nationalem Interesse. Die Frist zur Überprüfung wurde für den Ausschuss für Internationale Angelegenheiten für den 18. Oktober festgesetzt.
11.10.2023	Der russische Menschenrechtsaktivist Oleg Orlow wird zu einer Geldstrafe von 150.000 Rubel (etwa 1.500 Euro) wegen »Diskreditierung der russischen Armee« verurteilt. Orlow, der Ko-Vorsitzender der Menschenrechtsorganisation »Memorial« ist, steht öffentlich in Opposition zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Das Gericht ließ mildernde Umstände gelten und begründete die Geldstrafe unter anderem mit dem hohen Alter Orlows. Orlow hat angekündigt, das Urteil anfechten zu wollen. »Memorial« wurde im Jahr 2021 von russischen Behörden offiziell aufgelöst.

12.10.2023	Die Leiterin des staatlichen russischen Fernsehsenders »Russia Today«, Margarita Simonjan, gibt bekannt, dass der russische Journalist Chajbar Akifi bei einem ukrainischen Drohnenangriff in der russischen Oblast Belgorod, nahe der Grenze zur Ukraine, schwer verletzt worden sei. Seine Tochter sowie seine Schwiegereltern kamen bei dem Angriff ums Leben. Akifi war zu Besuch bei seiner Familie. Die Behörden der russischen Regionen an der Grenze zur Ukraine melden seit Beginn der ukrainischen Gegenoffensive im Juni 2023 wiederholt Drohnenangriffe von ukrainischer Seite.
12.10.2023	Der russische Präsident Wladimir Putin trifft zu einem Staatsbesuch in Kirgisistan ein. Dies ist sein erster Staatsbesuch, seitdem der Internationale Strafgerichtshof im März 2023 einen Haftbefehl gegen ihn erlassen hatte. Kirgisistan ist zwar Mitglied im Internationalen Strafgerichtshof, hat dessen Statut jedoch nicht ratifiziert, sodass es nicht gezwungen ist, Putin zu verhaften. Putin wird in Kirgisistan am Gipfeltreffen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten teilnehmen, dessen Vorsitz Moskau innehat. Der armenische Staatschef Paschinjan kündigte an, angesichts wachsender Spannungen zwischen Russland und Armenien nicht zu dem Gipfeltreffen zu erscheinen.
13.10.2023	Die russische Regierung gibt bekannt, dass der russische Präsident Wladimir Putin ein Dekret zur befristeten Wiedereinführung von Kapitalkontrollen für 43 bisher nicht genannte Exportunternehmen unterzeichnet habe. Die betroffenen Unternehmen werden verpflichtet, 80 Prozent ihrer Devisenerlöse bei russischen Banken zu hinterlegen und mindestens 90 Prozent dieser Erlöse innerhalb von zwei Wochen auf dem Inlandsmarkt zu verkaufen. Als Reaktion darauf stieg der Kurs des Rubel an, nachdem er einige Tage zuvor auf ein 18-Monats-Tief gefallen war. Die russische Zentralbank hatte zur Stärkung des Rubel die Zinsen seit Juli um insgesamt 550 Basispunkte angehoben. Noch im September hatte die Chefin der Zentralbank, Elwira Naibullina, Kapitalkontrollen als ineffektiv kritisiert.
13.10.2023	Die Kosten für die Lieferung russischen Öls an Raffinerien in Indien sind gesunken, da die Zahl der Reedereien, die bereit sind, mit russischen Produzenten zusammenzuarbeiten, wieder gestiegen ist. Die G7-Staaten hatten im Dezember 2022 Sanktionen verhängt, mit denen westlichen Speditionen und Versicherungen verboten worden war, Dienstleistungen für den Export von russischem Öl anzubieten, sobald der Preis 60 US-Dollar pro Barrel übersteigt. Laut einer Analyse der Plattform »Lloyd's Intelligence« wird die Zahl der »Schattenflotte« der Russischen Föderation auf 535 Tanker mit einem Durchschnittsalter von 23 Jahren geschätzt. Dabei handelt es sich um Schiffe von Händler:innen, die sich im Nahen Osten, in China, Lateinamerika oder Russland haben neu registrieren lassen. Zwei Drittel der Schiffe operierten ohne Versicherungsschutz, so die Plattform.
13.10.2023	Im Anschluss an ein Treffen der Finanzminister:innen und Zentralbankchef:innen der G7-Länder teilten diese mit, Russland werde die in westlichen Ländern aufgrund von Sanktionen blockierten Vermögenswerte nicht zurückerhalten, bis es den durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine entstandenen Schaden bezahlt habe. In westlichen Ländern sind nach Schätzungen der G7 rund 280 Milliarden US-Dollar an russischen Reserven eingefroren. Nach Schätzungen der Weltbank und der Vereinten Nationen vom März 2023 wird die Wiederherstellung der in der Ukraine verursachten Schäden jedoch rund 411 Milliarden US-Dollar kosten. Auch die weitere finanzielle Unterstützung der Ukraine könne zum Teil aus Einnahmen aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten finanziert werden.
14.10.2023	Der armenische Präsident Wahagn Chatschaturjan unterzeichnet ein Gesetz zur Ratifizierung des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes. Bereits im Jahr 1998 hatte Armenien das Statut ratifiziert. Dies war jedoch 2004 zurückgenommen worden, weil das Dokument im Widerspruch zur armenischen Verfassung stand. Ende 2022 war der Ratifizierungsprozess wieder aufgenommen worden. Armenien begründet die Ratifizierung mit Sicherheitsfragen und der Gefahr einer Aggression Aserbaidschans. Das russische Außenministerium hatte diese Entscheidung als »feindselig« gegenüber Russland bezeichnet, da der Strafgerichtshof einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin erlassen habe.
14.10.2023	Das unabhängige russische Online-Medium »Washnyje Istorii« berichtet, dass von den im Jahr 2022 im russischen Krieg gegen die Ukraine nach Daten der Statistikbehörde »Rosstat« getöteten 18.000 russischen Soldat:innen etwa 7.000 im Alter zwischen 20 und 29 Jahren gewesen seien. Die höchsten Todeszahlen gab es Recherchen des Mediums zufolge unter anderem in den russischen Regionen Burjatien, Rostow und Nordossetien. Hier seien bis zu 70 Prozent der Todesfälle aller Männer zwischen 20 und 29 Jahren auf ihren Kriegeinsatz in der Ukraine zurückzuführen. »Rosstat« veröffentlicht seit 2022 erstmals Todesfälle ohne Angabe zu externen Todesursachen. Damit wird die Ermittlung der im Krieg Gefallenen erschwert.

15.10.2023	Angehörige von aus der russischen Teilrepublik Tatarstan mobilisierten Militärangehörigen, die im Kriegseinsatz in der Ukraine dienen, wenden sich mit einem Appell an den russischen Präsidenten Wladimir Putin sowie an den russischen Verteidigungsminister Sergej Schojgu. Den mobilisierten Soldat:innen sei ein Einsatz in der Terrorabwehr zugesagt worden, sie würden unter Missachtung der Befehle Schojgus und Putins an die Front in der Ukraine geschickt. Nach Recherchen des russischen Online-Mediums »Mediazona« begann der aktive Einsatz mobilisierter Soldat:innen in der Ukraine mit Beginn der ukrainischen Gegenoffensive im Juli 2023. Noch im Dezember 2022 hatte Putin erklärt, in der Ukraine seien rund 150.000 Mobilisierte im Einsatz, davon 77.000 »in Kampfposition«, der Rest diene als Territorialverteidigungstruppe oder sei in zweiter oder dritter Linie in Ausbildung.
16.10.2023	Der Sprecher des russischen Präsidenten Dmitrij Peskow weist US-Angaben über Waffenlieferungen aus Nordkorea zurück. Richtig sei, dass Russland seine Beziehungen zu seinem Nachbarn Nordkorea ausbaue. Die USA hatten einige Tage zuvor ihre Besorgnis über Waffenlieferungen aus Nordkorea nach Russland geäußert. Dies gehe aus Satellitenbildern hervor, die zwischen dem 07. September und dem 01. Oktober gemacht worden seien. Die Bilder belegten Lieferungen aus einem nordkoreanischen Munitionslager bis zur südwestlichen russischen Grenze nahe der Ukraine. Berichten zufolge sprechen südkoreanische Sicherheitsdienste später von bis zu einer Million Geschosse.
16.10.2023	Katars Minister für Internationale Zusammenarbeit, Lolwah Al Khater, bestätigt die Rückführung von vier illegal nach Russland verschleppten ukrainischen Kindern in die Ukraine. Katar hatte sich seit Längerem bemüht, eine Einigung mit der Ukraine und Russland zur Rückführung verschleppter Kinder in ihre Heimat zu verhandeln. Die ukrainische Regierung schätzt, dass etwa 20.000 Kinder ohne Zustimmung der Erziehungsberechtigten nach Russland verschleppt wurden.
17.10.2023	Der UN-Sicherheitsrat lehnt eine Resolution Russlands ab, die Gewalt und Terrorismus im Nahost-Konflikt zwar verurteilt, jedoch die Hamas und ihren Angriff auf Israel am 07. Oktober unerwähnt lässt. Fünf Länder, neben Russland auch China, die Vereinigten Arabischen Emirate, Mosambik und Gabun, stimmten für die Resolution. Gegenstimmen gab es aus Frankreich, Großbritannien, den USA und Japan. Über die Resolution Brasiliens zum selben Thema werde weiter verhandelt.
17.10.2023	Das US-amerikanische Softwareunternehmen »Zoom« wird zu einer Geldstrafe von 115 Millionen Rubel (etwa 1,1 Millionen Euro) verurteilt, weil es in Russland tätig war, ohne eine russische Geschäftsstelle zu eröffnen und Nutzer:innen-Daten russischer Staatsbürger:innen auf einem Server in Russland zu speichern.
18.10.2023	Das unabhängige russische Online-Medium »Mediazona« berichtet unter Berufung auf die Justizabteilung des Obersten Gerichtshofs, dass seit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die »Diskreditierung der Streitkräfte« im März 2022 Bußgelder in Höhe von insgesamt 194 Millionen Rubel (etwa 1,9 Millionen Euro) in diesem Zusammenhang verhängt worden sind. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2023 bearbeiteten die Gerichte 1.701 Fälle wegen »Diskreditierung der Armee«, in 1.302 Fällen musste eine Geldstrafe gezahlt werden. Im Jahr 2022 wurden 5.622 Anzeigen geprüft.
18.10.2023	Einer Analyse des US-amerikanischen »Institute for the Study of War« (ISW) zufolge, wird Russland nach der Lieferung von Langstreckenraketen des Typs ATACMS der USA an die Ukraine gezwungen sein, seine militärische Luftfahrt von der Front weg zu verlegen. Dies werde die Defensiv- und Offensivfähigkeiten der russischen Armee vorübergehend verringern. Zusätzlich stelle die Ankunft von ATACMS eine Bedrohung für die russischen Munitionsdepots dar, sodass die russische Führung entweder gezwungen sei, diese zu verstärken oder sie weiter über die besetzten Gebiete zu verstreuen.
18.10.2023	Der russische Präsident Wladimir Putin trifft im chinesischen Peking zur Teilnahme am Gipfel zum Infrastrukturprojekt »Neue Seidenstraße« ein. Anlässlich seines Besuches lobte Putin die chinesische Politik. China setze sich für gemeinsame internationale Ziele ein und begreife, was in der Welt wichtig sei. China hat den russischen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine bis heute nicht verurteilt und lehnt Sanktionen ab. Der Handel zwischen beiden Staaten ist zurzeit auf Rekordniveau. Auf dem Gipfel werden Regierungschef:innen aus 140 Ländern erwartet, darunter der ungarische Präsident Viktor Orban als einziger Vertreter eines EU-Staates.
18.10.2023	Das unabhängige russische Online-Medium »Mediazona« berichtet, dass russische Gerichte im ersten Halbjahr 2023 deutlich mehr Soldaten wegen sexueller Gewalt, Mord und anderen Straftaten verurteilt hätten als in den Vorjahren. Von Januar bis Juni habe es 32 Verurteilungen wegen Mordes gegeben, während es in den Vergleichszeiträumen 2020, 2021 und 2022 jeweils zu weniger als 20 Verurteilungen gekommen sei. Weitere 46 Soldaten wurden wegen schwerer Körperverletzung verurteilt, in den Vorjahren habe es durchschnittlich 26 Verurteilungen pro Halbjahr gegeben. Außerdem habe es 22 Urteile wegen sexueller Gewalt gegeben, gegenüber sechs und zehn in den Vorjahren.

18.10.2023	Die russische Niederlassung des Internetkonzerns »Google« wird von einem russischen Gericht für insolvent erklärt. Das Unternehmen hatte im Sommer 2022 Insolvenz angemeldet, nachdem die Behörden die Bankkonten beschlagnahmt hatten. Kostenlose Dienste wurden jedoch weiterhin angeboten. Die russische Tochtergesellschaft von »Google« steht seit Längerem unter Druck, weil sie Inhalte, die die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« als illegal klassifiziert hat, nicht gelöscht hatte. Bisher ist der Zugang zu Diensten von »Google« in Russland nicht blockiert.
19.10.2023	Die russische Zentralbank veröffentlicht Zahlen, nach denen sich die Anzahl der in der Region Ferner Osten verkauften Autos halbiert habe, nachdem Japan im August den Export von Gebrauchtwagen nach Russland verboten habe. Angaben der Zentralbank zufolge machte der Gebrauchtwagenhandel mit Japan bis zu 80 Prozent des Autoabsatzes in der Region aus. Bereits im Frühjahr 2022 hatten japanische Händler die Auslieferung von Neuwagen an Russland eingestellt. Bisher hatten japanische Autos etwa 20 Prozent aller nach Russland eingeführten ausländischen Gebrauchtwagen ausgemacht. Der Autohandel ist ein bedeutender Wirtschaftszweig in der Region.
19.10.2023	Der ehemalige Leiter der Abteilung für bauliche Anlagen der russischen Raumfahrtbehörde »Roskosmos«, Wladimir Meschkow, ist nach Angaben des russischen Ermittlungskomitees ins Ausland geflohen und vom Basmannyj-Bezirksgericht auf die internationale Fahndungsliste gesetzt worden. Gegen ihn wird im Zusammenhang mit der Veruntreuung von 600 Millionen Rubel (etwa 6 Millionen Euro) ermittelt. Meschkow soll Gelder aus dem Budget für den Wiederaufbau der Prüfstandsbasis des Forschungs- und Testzentrums der Raketen- und Raumfahrtindustrie veruntreut haben.
19.10.2023	Die Herausgeberin des tatarisch-baschkirischen Ablegers von »Radio Liberty«, Alsu Kurmaschewa, wird in Tatarstan festgenommen. Ihr wird vorgeworfen, dem Justizministerium nicht die notwendigen Dokumente zur Aufnahme in das Register sogenannter »ausländischer Agent:innen« vorgelegt zu haben. Das russische Ermittlungskomitee geht davon aus, dass Kurmaschewa »militärische Informationen« gesammelt und diese an ausländische Stellen weitergegeben habe, unter anderem über mobilisierte Lehrende an einer der Universitäten in Tatarstan. Mit den beschafften Informationen sollten, laut dem Ermittlungskomitee, Informationskampagnen durchgeführt werden, die Russland diskreditierten. Kurmaschewa hat die russische und die US-amerikanische Staatsbürgerschaft. Während eines Familienbesuchs in Russlands im Mai 2023 wurden ihr beide Pässe entzogen.
20.10.2023	Das russische Verteidigungsministerium teilt mit, dass tags zuvor mehrere Versuche der ukrainischen Armee vereitelt worden seien, den Fluss Dnipro in der südlichen ukrainischen Region Cherson zu überqueren. Bereits zwei Tage vorher hatte das US-amerikanische »Institute for the Study of War« gemeldet, dass ukrainische Streitkräfte am Ostufer des Dnipro in Cherson durch russische Verteidigungslinien durchgebrochen seien. Nach monatelanger russischer Besatzung hatte die Ukraine Ende 2022 Teile der Region Cherson zurückerobert. Die russische Armee zog sich jedoch nur bis auf die andere Seite des Flusses Dnipro zurück und nahm Cherson von dort aus weiterhin unter Beschuss.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
Editorial: Anastasia Stoll
Assistenz: Maximilian Hartl
Chronik: Alena Schwarz
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

✉ @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>